



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1910**

216 (12.5.1910) Abendblattt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-141597](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-141597)

# General-Anzeiger



Abonnement:

70 Pfennig monatlich.  
Vergütung 30 Pf. monatlich.  
durch die Post bez. incl. Post-  
zuschlag 24. 40 per Quartal.  
Einzelnummer 6 Pf.

Inserate:

Die Colonne-Zeile . . . 25 Pf.  
Auswärtige Inserate . . . 30  
Die Reklame-Zeile . . . 1 Mark

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

## Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Gesetzliche und verbreitetste Zeitung  
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben  
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüros  
in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Aannahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Telegraphische Adressen:

„General-Anzeiger  
Mannheim“.

Telefon-Nummer:

Direktion u. Buchhaltung 1449

Druckerei-Bureau (An-  
nahmen, Druckarbeiten) 341

Redaktion 377

Expedition und Verlags-  
buchhandlung 218

Nr. 216.

Donnerstag, 12. Mai 1910.

(Abendblatt.)

### England, Deutschland und Amerika\*)

von Dr. Gerhard v. Schulze-Gävernig,  
ordentl. Professor der Staatswissenschaften an der Universität  
Freiburg i. Br.

Obgleich Deutschland den Frieden, insbesondere den Frieden mit England will, wäre es doch verhängnisvoll, die Möglichkeit eines uns aufzunehmenden Konfliktes aus dem Auge zu verlieren. Ein maßvoller und seine Worte abwägender Mann wie Balfour bezeichnet es (Januar 1910) als eine in staatsmännischen Kreisen Europas weit verbreitete Meinung, daß ein Zusammenstoß zwischen Deutschland und England früher oder später unvermeidlich sei. Die konservative Partei Englands arbeitet bei den Wahlen mit Germanophobie. Nicht unter allen Umständen dürfte es ihr leicht sein, die Geister loszuwerden, welche sie tief. England unterliegt der Verdrängung, seine maritime Ueberlegenheit über uns zu verlieren, so lange sie noch besteht, und den unheimlichen Emporkömmling, den es wirtschaftlich nicht mehr niedrigerzwingen kann, mit Gewalt zu Boden zu schlagen. Das nächste Jahrzehnt ist die kritische Zeit, woran gelegentliche Annäherungen nicht ändern — Annäherungen, die britischerseits vielleicht den Zweck verfolgen, den Ausbau unserer Flotte zu verlangsamen.

Ein solcher Krieg, in welchem Frankreich nicht abseits stehen würde, entschiebe über Deutschlands Zukunft. Die deutsche Volkswirtschaft steht und fällt schon heute mit ihren auswärtigen Beziehungen, insbesondere ihren überseeischen Beziehungen. Mehr als 70 Prozent des deutschen Außenhandels sind Seehandel. Die Verwüstungen, welche ein unglücklicher Krieg in der deutschen Volkswirtschaft, in Ackerbau und Handwerk, in Handel und Industrie anrichten würde, sind nicht zu erahnen. Auch die Landwirtschaft ließe nicht unberührt — über Verlust des Futtermarktes, Befürchtung des Verbrauchs der arbeitenden Klassen gegenüber den qualifizierten Produkten des Landwirts.

Durch den Ausbau unserer Wehrmittel suchen wir die Unantastbarkeit zu erlangen, welche der beste Schutz gegen Kriegsgefahr ist. Aber der beste eigener Schutz genügt nicht. Im Ernstfall ist die wohlwollende Stellung gewisser erstklassiger Auslandsmächte von großer Bedeutung. Unter diesen Mächten stehen die Vereinigten Staaten vorn an. Es genügt, folgende Fragen aufzuwerfen: Welcher Weltmarkt soll den riesigen Vorrat unserer Kriegsmaterialien aufnehmen, wenn nicht der amerikanische? Der heimische Weltmarkt ist gegenüber den Ansprüchen eines modernen Krieges schlechtthin zu klein — vergleiche den Aufstand unserer Staatspapiere in Friedenszeiten. Unter welcher fremden Flagge sollen unsere Handelschiffe Schutz gegen britische Kreuzer finden, wenn nicht unter der amerikanischen? Bei dem fabelhaften Aufschwung Kanadas haben wir mit der Entstehung kanadischer Seestreitkräfte zu rechnen; eine deutschfeindliche Politik der

Vereinigten Staaten würde dieselben in amerikanischen Gewässern. Schon die Aussicht auf eine uns wohlwollende Neutralität der Vereinigten Staaten dürfte genügen, um den Engländern Angriffsgedanken gegen uns zu verleiden.

Ueber wohlwollende Neutralität hinaus könnte das Bedürfnis nach Rückendeckung gegen die gelbe Rasse den Vereinigten Staaten die Bundesgenossenschaft Deutschlands wünschenswert machen — ist doch Deutschland nicht in gleicher Weise an die gelbe Rasse gebunden wie England. Ein solches Bündnis wäre schwerwiegend in die Waagschale des Weltfriedens. Dem amerikanischen „Pruder“ gegenüber ist England durch politische Ohnmacht gebunden. Nicht allein Englands kanadisches Herrschaftsgebiet steht auf dem Wohlwollen der Vereinigten Staaten; auch die Herrschaft über den Stillen Ozean ist, nachdem 80 Prozent der britischen Seemacht in der Nordsee verammelt wurden, an Amerika und Japan übergegangen. Die Lage wird durch die Entwicklung der amerikanischen Seemacht besiegelt. Kriegsschiffe sind Maschinen — die kostspieligsten aller Maschinen — und jede Nation kann sie in dem Maße besitzen, als es ihr gelingt, den kapitalistischen Schwerpunkt der Welt in ihr eigenes Gebiet zu rücken. Amerika, die kapitalistische Vormacht der Welt, ist in der Lage, eine Flotte allerersten Ranges auszubauen, und ein Roosevelt wird dafür sorgen, daß diese Möglichkeit zur Tatsache wird. Um so wichtiger ist die amerikanische Freundschaft für eine Nation wie die deutsche, deren Zukunft nicht nur, sondern deren Gegenwart zum guten Teile schon auf dem Wasser liegt.

In den Vereinigten Staaten als einem demokratischen Lande hängt jede große Entscheidung von der öffentlichen Meinung ab, welche von der Presse und den leitenden Redaktionskräften gemacht wird. Roosevelt beherrscht die Vereinigten Staaten, weil er die öffentliche Meinung zu leiten versteht. Andererseits ist in den Vereinigten Staaten die Bearbeitung der öffentlichen Meinung durch die Presse zu einer hochentwickelten Technik erwacht. Die Engländer sind sich der Bedeutung der amerikanischen Presse und der Mittel zu ihrer Beeinflussung bewußt. In der amerikanischen Presse arbeiten — verheißt, aber um so wirkungsvoller — englische Gelder und englische Hingabe. Sie bemühen sich mit Erfolg, dem amerikanischen Volke Deutschland als den Friedensstörer hinzustellen — eine halb barbarische Macht —, welcher England im Interesse der Menschheit Rüstungsbeschränkungen aufzwingen müsse. Sie verdunkeln dabei die Tatsache, daß eine maritime Abrüstung im gegenwärtigen Zeitpunkt die Herrschaft Englands im deutschen Meere vermindere und unsere Zukunft noch mehr von dem Wohlwollen — Englands abhängig mache.

Demgegenüber gilt es, die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten über deutsche Verhältnisse aufzuklären und für deutsche Auffassungen zu gewinnen. In Höhe kommt uns die wachsende Bedeutung des deutsch-amerikanischen Elementes, das sich deutscher Abstammung und deutschen Kulturzusammenhangs mit Stolz zu erinnern beginnt. Wie Emerson, Americas einflussreichster Denker, an Deutschlands künftige Kultur ankniüpft, so weiß heute ein Roosevelt keine Landesleute bewundernd auf Deutschlands wissenschaftliche, wirtschaftliche und sozialpolitische Leistungen hin.

Diese Sympathien werden wir jedoch nur dann in politische Werte umsetzen, wenn es uns gelingt, sie durch die amerikanische Presse in das Kleingeld des täglichen Verkehrs umzumünzen. Ein solches Unternehmen muß in die Wege geleitet werden, ein Unternehmen, welches offen und ehrlich für die Annäherung der beiden großen Schwesternationen dieserseits und jenseits des Atlantik unter Benützung der amerikanischen Publizitätsmittel einzutreten hätte. Das heute mit einigen tausend Mark zu organisieren wäre, ist im Ernstfall mit Millionen nicht nachzuholen. Ich werde mich zu diesem Behufe an die Vertreter deutschen Besitzes und deutscher Bildung; wenn sie verlegen, wer sollte eintreten?

Vielleicht findet sich unter den Lesern dieses Artikels der eine oder andere, welcher geneigt wäre, zu dieser vaterländischen Sache — zugleich der Sache des Weltfriedens — beizutreten. Einem solchen Leser wäre ich zu weiterer beruflicher Auskunft gerne bereit. Diejenigen, welche sich über die meinen Ausführungen zu Grunde liegende politische Lage unterrichten wollen, verweise ich auf meine Broschüre „England und Deutschland“ (2. Aufl., Berlin-Schöneberg, Verlag der Hilfe), welche vom Fürsten Bülow im deutschen Reichstage zustimmend angeführt wurde.

### Politische Uebersicht.

Mannheim, 12. Mai 1910.

#### Eduard VII. und Deutschland.

Den Gegenstand der Politik Eduards VII. zu den deutschen Interessen betont die „Deutsche Zeitung“ in folgenden Darstellungen:

Englisches Leben und deutsches Leben ist verschieden; besonders in militärischen Fragen empfindet man im Lande der allgemeinen Wehrpflicht anders als im Lande der Scharlachrotten und der schottisch-bunten Soldaten. In manchem hatten wir den Prinzen von Wales misverstanden; in manchem wurde er ein anderer. Mit Freimuth und offener Manier, sich zu geben, mit Eifer und gutem Kaufmannsfinn, mit einer Art, die der englischen Politik aus dem Auf ihrer Treulosigkeit zu dem Ansehen fast pupillärer Sicherheit verhält, stellte er sich an die Spitze der Staatsgeschäfte. Er entsappte sich wohlhabend als Mann von Welt und Können. Seine bedenkenlichen ehemaligen Beziehungen zerstreut; alle anderen wertete er um, nichts er aus im Landesinteresse und schied er ein, um im großen Stil positive Politik zu treiben, obwohl er angeblich nur ein Ornament am Bau der englischen Verfassung war. Nach 50 Jahren der Regierung einer königlichen Frau tritt ein Herrscher auf die Bühne, der selbst zu handeln sich gebüht fühlt. Und er führt es durch, ohne jemals in erdliche Angelegenheiten mit der Souveränität des englischen Unterhauses, mit der herrschenden Parliamentsmehrheit und selbst der Opposition in Westminster zu geraten. Das konnte in der Tat nur ein Mann, der ein Künstler des Takttes und der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse war. Nur in den letzten zwei bis drei Jahren murkte hier oder da ein Propaganda etwas auf, wenn die „Einführung“ Deutschlands gar zu drohend sich anließ und aus dem Herzen des Deutschen Reiches heraus in grollendes Echo über den Kanal hinüberklang. König Eduards Politik liegt heute klar am Tage. Er und seine damals noch konservativen, unionistischen Staatsmänner, Lord Lansdowne und Josef Chamberlain, haben in den Jahren 1894, 1899 und 1901/02 versucht, mit dem Deutschen

### Feuilleton.

#### Das Oberammergauer Passionsspiel.

Von L. G. Oberländer.

Auch vor zehn Jahren als wir von München in das Ammergau im Mai zum Passionsspiel führten, da verließen wir die bayerische Residenz bei Regen und Kälte. Ist doch das „Waldschloß“, das über die bayerische Hochebene bläht, selten frühlingstüblich. Als unser Ertrag die große Steigung bei Bad Kötzgrub nehmen sollte, da verwehte er auf den nassen Schienen die Arbeit nicht zu leisten. Es galt die Wagenlücke zu teilen und mit sehr erheblicher Verspätung in dem Schüttenort einzutreffen. Wöhrend wir aber in Regenböden auf dem durchweichten Regen sehr deprimiert unseren auf ausgetretenen Fesseln vermerkten Quartieren zwelsten, bildeten die Ammergauer Hoffungsduell gen Himmel und Hindernis in sicherem Prophetentone, daß morgen gutes Wetter sei. Und richtig, als wir tags darauf im Theater saßen, da warf die lebende Sonne ihre Strahlen über das durchbenetzte Bild des in Jerusalem einziehenden Christus und woh einen Frühlingsschönheit über die schneebedeckten Berge. Heute sind die Leute von Oberammergau weniger zuverlässig. Ich bin schon ein paar Tage vorher herausgefahren und als vorgestern ein heiterer Frühlingsmorgen uns grüßte, da lächelten die Einzelnen über meinen Optimismus. Und sie hatten wieder recht, schon am Vormittag in einer Probe, die die gottreue Dörfler Hebrermanns Besuch freizulassen, fand der Chor bald im Schneegestöber und bald im Sonnenschein und ein eifriger Wind blies dem Aufgänger entgegen. Es war bewundernswürdig wie auf der Seite Frauen und Männer dem Unwetter standhielten. Ge-

mit einer Sopranstimme konnte man anhören, daß eine begabte Wärme ihrer Stimme besser wäre, aber alle barrierte tapfer aus, viele in leiserer Kleidung mit entblößten Armen und der Christusbarthelmer, der im bunten Tricot am Kreuze hing. Schon herrschte viel Leben in Oberammergau, freilich kann man noch mit Anton Läng, dem Christusbarthelmer, sprechen, ohne von höherer Amerikanerinnen gestört zu werden. (Auf viele warte bereits ein Abgeordneter, Coops in einer imposanten Mäntel). Ich möchte gleich dem weitverbreiteten Glauben widersprechen als sei alles in Oberammergau unerwünschlich teuer. Wer in eine Sommerfrische geht, um zu hören, wird sich natürlich nicht gerade das Schüttenort zur Passionszeit herausuchen; aber im ganzen lebt man hier nicht teurer, wie in München. Der Comfort hat einige Fortschritte gemacht; insbesondere empfinde ich es in diesen kalten Tagen sehr angenehm, daß sich die Hotels und Gasthöfe Zentralheizung angeleitet haben. Wenn die Ammergauer bei der Billardbestellung diejenigen bevorzugen, welche im Dorfe übernachten, so vermag ich hierin nichts Unbilliges zu finden. Es ist auch durchaus nicht falsch, erst morgens um fünf Uhr in München abzureisen und abends dahin zurückzukehren. Das Spiel beginnt um acht Uhr und währt von einer kurzen Mittagspause abgesehen bis nahezu sechs Uhr abends. Ist es so schon für unsere Großstadtnerven ein wenig lang, so wird das Ganze durch die Reise an einem Tage zu einer Parforrectour, die den ästhetischen Genuß nahezu aufhebt. Dieser Aufregung unterliegen sich wegen der gestrigen Volkstheater in der Volkshalle die Mitglieder der beiden Kommen des bayerischen Landtages. Waren abends zuvor die Vertreter der Presse bei starkem Regenwetter im Dorfe eingezogen; so hatte die Nacht festigen Schneefall gebracht. Er hielt auch an, als wir uns ins Theater begaben. Eingebüllt in Pelze und Deden fanden wir eine relativ erträgliche Temperatur.

Das Passionsspiel verankert seine Entstehung einem Gelübde, das die Oberammergauer taten, als anno 1683 der schwarze Tod

in den benachbarten Orten herrschte. Die Gemeinde, welche von der Heimsuchung bewahrt blieb, hat ihr Gelübnis bis auf den heutigen Tag getreulich gehalten. Der Text des ursprünglichen Mutterbuchs rühmt von dem Augaburger Meisterfinger Sebastian Bild her, das mit Legenden von St. Ulrich und Awa verbunden wurde. Größere Veränderungen nahm erst in der Mitte des 18. Jahrhunderts der Staller Pater Köstner vor, dessen nach 1800 geprüfte Fassung das allegorische für unsere heutigen Weltanschauung in sehr in den Vordergrund drängte. Nach dem Passionsspiel alle zehn Jahre zur Aufführung, so wurde in der Mitte des 19. Jahrhunderts (1786) ein anderes Spiel eingeschaltet: „Der Wanderer am Wege des Kreuzes“, in dem die Lebensgeschichte Christi nur in „lebenden Bildern“ vorgeführt wurde und im eigentlichen Drama die antike Poesie der Schalkert überwanderte. Hieraus ist jene „Kreuzeschule“ entstanden, die von 1825 an in verschiedenen Fassungen gegeben wurde, dann längere Zeit ganz verschwand, bis sie vor fünf Jahren in der wirklichen Neudichtung des Münchener Hofgeistlichen Scherer eine neue, lebensfähige Form gewann.

Das eigentliche Passionsspiel in seiner gegenwärtigen Grundfassung rührt von dem Staller Pater Titmar Watz her, die noch heute gültige Form verdankt es jedoch dem geistlichen Hof Daisenberger. Dieser langjährige Seelenhirte des Schüttenortes war als Kind unserer klassischen Epoche von deren Geist mehr als nur berührt. Auch in der Antike war er heimisch. Die Ehre des Passionsspiels erinnern daran, daß Daisenberger auch als Uebersetzer der Antigone des Sophokles sich als Versetzer gezeigt hat. Von dieser klassischen Formung der Ehre abgesehen, blieb jedoch die Handlung in der schlichten, vollständig-biblischen Sprache der biblischen Uebersetzung. Die Gemeinde hat sich gegen weitere Änderungen, welche das Spiel dem Kunst-drama nähern würden, stets ablehnend verhalten, sowohl gegen die spätere Fassung des Pater Daisenberger, als gegen

Nein, dessen Politik damals Graf Bülow verantwortlich zeichnete, in eine nähere Entic oder in ein umfassendes Bündnis zu kommen. Unbegreiflicherweise wurde nicht nur dies Streben von der Leitung der deutschen Politik zurückgewiesen, sondern zu gleicher Zeit auch jedes Zusammengehen mit England und Frankreich abgelehnt. Die Engländer hatten und erklärten, daß sie einen Bündnis-Partner suchten und daß sie andernfalls an anderen Türen klopfen würden. Aber wir glaubten wohl nicht an die Möglichkeit, daß England und Rußland sich jemals näherrücken können. Wir trieben mit wahrhaft stammgläubiger Rastlosigkeit die „Politik der kalten Eisen“. Wir verzieten sogar den russischen Interventionenvorschlag an das in der Veritas Chamberlains jedoch zurückgeschobene England. Und da hing König Eduard an, seine Eisen in alle Feuer zu legen und alle Welt wider das gegen alle Welt sich aufblühende, rätselhaft und unruhige Politik treibende Deutsche Reich zu vereinigen. Gewaltig riefte sich der König Eduard auf. Anfangs war es wohl auf Krieg, dann war es auf Einschüchterung durch Einsetzung, und zuletzt war es nur noch auf wirtschaftliche Einkreisung und Abschmückung im Streitfall abgesehen. König Eduards Verbündete erwiesen immer mehr Schwächen, Kenglichkeiten und Zusammenbrüche. Aber vereint waren schon Petersburg-London-Paris-Berlin-Bischofs-Rosenbagen; Rom-Schwaben bereits; dann erfolgte der letzte Stoß, der Vorstoß auf Äthi. Aber an Kaiser Franz Josephs Bundesstreue scheiterte der allzu fein geschlossene Stahl. Seitdem haben wir das stille diplomatische Ringen mit zusammengebissenen Zähnen.“

**Die Nationalliberalen am Scheidewege.**

Unter dieser Ueberschrift führt ein sehr weit rechts stehendes nationalliberales Blatt, die „Hamburger Nachrichten“, in bemerkenswerter Weise den Nationalliberalen die Borteile vor, die demnachstlich aus einer Ablehnung der Wahlrechts-Beschlüsse des Herrenhauses für die Partei erwachsen würden:

Im Falle der Ablehnung geht der Wahlrechtskampf weiter, und es gibt in der nationalliberalen Partei ohne Zweifel eine mächtige Strömung, die lieber mit den zu erwartenden Folgen der Ablehnung als mit denen der Annahme der Vorlage rechnet. Ohne Frage wird sich die Regierung, wenn jetzt eine Reform nicht zustande kommt, verpflichtet fühlen, mit einer neuen Vorlage wiederzukommen. Dieser die öffentliche Wahl haben die Mehrheiten der ersten und der zweiten Kammer bereits das Todesurteil gesprochen, und es liegt daher der Regierung ob, dafür zu sorgen, daß es auch vollstreckt wird. Die Befestigung der Definitivität des Wahlrechts würde die erste Aufgabe des nächsten Reformversuchs sein. Aus der Verwerfung des gegenwärtigen Entwurfs würde aber die Regierung veranlaßt noch die Konsequenzen ziehen, daß die Konzeption der geheimen Wahl nicht genügt, eine Reform durchzuführen. Sie wird geneigt sein, ein weitergehendes Zugeständnis an die liberal-demokratischen Wahlrechtsforderungen zu gewähren, und da sie in der ursprünglichen Regierungsvorlage grundsätzlich das indirekte Wahlverfahren schon hat fallen lassen, so wird es nur allzu nahe liegen, daß sich in dem nächsten Reformentwurf zur Geheimwahl noch die direkte Wahl gesellt. Geheime und direkte Wahl aber sind zwei der Hauptforderungen des Magdeburger Wahlrechtsprogramms der Nationalliberalen. Diejenigen Nationalliberalen, die für die Ablehnung der vorliegenden Wahlrechtsänderungen eintreten, haben also nicht unrecht, wenn sie dabei auf die Wahrscheinlichkeit kalkulieren, im Sinne ihrer Parteiforderungen mehr zu erreichen, wenn jetzt eine Reform nicht zustande gebracht wird, die ja nur eine der nationalliberalen Forderungen, die geheime Wahl, und diese ebenfalls nur für die Unerwählten, verwirklichen würde.

**Die Reichstagsersatzwahl im zweiten württemberg. Reichstagswahlkreis.**

Durch die Ernennung des Professors Dr. Gieber zum Direktor des Evangelischen Oberlehrerseminars wird im zweiten württembergischen Reichstagswahlkreis eine Ersatzwahl notwendig. Gieber hatte den Wahlkreis, der früher abwechselnd in den Händen der Nationalliberalen, der Rechtspartei und der Volkspartei war, seit dem Jahre 1898 inne. In den Jahren 1898 und 1903 wurde er erst in der Stichwahl gewählt; die für ihn abgegebenen Stimmen stiegen von 14 342 im Jahre 1898 auf 16 857 im Jahre 1903; in ähnlichem Verhältnis stiegen aber auch die sozialdemokratischen Stimmen: von 10 147 auf 13 491. Bei den Wahlen für den Nordreichstag fiel Gieber im ersten Wahlgang mit 18 787 gegen 15 488 sozialdemokratische Stimmen. Der zweite württembergische Wahlkreis hat eine gemischte Struktur: die Oberämter Cannstatt und Ludwigsburg enthalten einen starken Einschlag industrieller Bevölkerung, im Oberamt Waiblingen überwiegt weitans das bäuerliche Element, und das Oberamt Marbach hat fast ausschließlich bäuerliche Bevölkerung. Die Wahlsiege Giebers waren nicht zum wenigsten darauf zurückzuführen, daß der Bund der Landwirte es nicht für angebracht hielt, dem auch

in bäuerlichen Kreisen sehr angeesehenen Dr. Gieber, der selbst der Sohn eines Bauers ist, eine Gegenkandidatur entgegenzusetzen. Jetzt, da seine einflussreiche Persönlichkeit ausgeschaltet ist, wird der Bund der Landwirte mit ungebundener Kraft ins Zeug gehen, und es muß mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet werden, daß die Nationalliberale Partei ausgeschaltet wird und daß es zur Stichwahl zwischen dem Bund der Landwirte und der Sozialdemokratie kommt. Denn darauf ist wohl kaum zu rechnen, daß die zu erwartende gemeinsame Kandidatur der Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei, zu der allerdings auch Hilfsgruppen des in der Organisation begriffenen neuen Bauernbundes stoßen werden, gegenüber dem Massenaufgebot des Bundes der Landwirte einerseits und der Sozialdemokratie andererseits eine genügend hohe Stimmzahl auf sich vereinigen wird. Die Ersatzwahl im zweiten württembergischen Reichstagswahlbezirk hat eine starke Ähnlichkeit mit der Ersatzwahl in Friedberg-Bidingen: Graf Oriola seinerseits mit Hilfe des Bundes der Landwirte gegen eine beträchtliche sozialdemokratische Stimmzahl gewählt; jetzt drei Kandidaturen: Nationalliberale, Fortschrittliche Volkspartei, Bund der Landwirte und Sozialdemokratie und dabei die Möglichkeit eines sozialdemokratischen Sieges.

**Der Kampf im Baugewerbe.**

Die „Köln. Volksztg.“ will wissen, daß im Arbeitgeber-lager Mißstimmung herrsche. Von angeblich „wohlinformierter Seite“ läßt das Blatt sich schreiben:

Wenn nicht in kürzester Frist eine Einlenkung durch den Arbeitgeberbund herbeigeführt wird, ist eine Spaltung im Arbeitgeberlager kaum vermeidlich. Eine tiefe Mißstimmung hat sich weiten Arbeitgeberkreisen bemächtigt, die mit den Maßnahmen der Bundesleitung nicht einverstanden sind. Die Ablehnung des unparteiischen Schiedsgerichts ist sehr übel vermerkt worden. Allmählich bricht sich auch die Ueberzeugung Bahn, daß die Verkürzung der Bundesleitung, in einigen wenigen Wochen würde der Kampf heendigt sein, nicht fruchtbar ist. Es ist nicht zu verheimlichen, daß nur ein Drittel der organisierten Bauarbeiter der Aussperrung anheimgefallen ist und daß so ihre vorhandenen Mittel, mit den wöchentlichen Sonderbeiträgen, die eine beträchtliche Höhe erreichen, im Verein mit den eingeleiteten allgemeinen Sammlungen die Führung des Kampfes auf Monate hinaus ermöglichen. Die Dispenserteilung für Notstandsarbeiten an einzelne Arbeitgeber stößt ebenfalls auf Schwierigkeiten, da der Konkurrenzneid dadurch aufgestachelt wird. Bei Verweigerung derselben geraten einzelne Unternehmer in große Schwierigkeiten, und empfinden die ihnen nicht unpopuläre Aussperrung um so drückender. Gedrängt werden die Bauunternehmer auch von den Materiallieferanten, denen jeder Tag der Aussperrung beträchtliche Verluste einbringt, die nach den vorausgegangenen Krisenjahren um so lässer vermerkt werden. Zudem werden hier und da Bauherren des Wartens müde und lassen die liegen geliebten Bauten in eigener Regie vollenden. Alle diese Momente werden zu einer baldigen Abrodelfung der Sperre beitragen, wodurch die Lage des Arbeitgeberverbandes keine rosigere wird. Weitere Sonderabläufe wie in Berlin und Hamburg stellen seine ganze Existenz in Frage. Nach Lage der Dinge wäre das zu bedauern, da eine gesunde Tarif- und Gewerdepolitik nur möglich ist bei starken Organisationen sowohl auf Seiten der Arbeitgeber wie Arbeiter.

**Deutsches Reich.**

— Eine Erklärung des Sanjabs gegen die preussische Wahlrechtsvorlage. Der Sanjabund veröffentlicht die nachstehende Erklärung: „Der nunmehr zur Verabschiedung vorliegende Entwurf des preussischen Wahlrechts verstoßt nach unserer Ueberzeugung in wesentlichen Punkten gegen die wirtschaftlichen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie, welche mehr als zwei Drittel der Staatslasten tragen. Für die im Sanjabund vereinigten Kreise der Industrie, des Handels, des Handwerks und der Angestellten muß vor allem eine Wahlreform gefordert werden, die den Ungerechtigkeiten u. Ungleichmäßigkeiten der heutigen Wahlkreiseinteilung ein Ende macht und den Änderungen der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse

Käfer flattern die Tauben heraus und fliegen davon. Alles hat Farbe und Kraft. Der Kunstsjüper Ant. Lang gibt schon zum zweiten (mit den lebenden Wildern der „Kreuzschule“) zum dritten Mal den Neuwahlspruch. Ist sein Reizeres auch seit 1900 ein wenig voller geworden, so ist sein regelmäßiges und im Ausdruck bedeutendes Gesicht doch für die hohe Aufgabe sehr geeignet. An Stelle des Organs soll ihm wohl Jos. Marx, sein berühmter Vorkämpfer, der 1900 noch als Chorführer wirkte und inzwischen verstorben ist, übertrifft loben. Marxs Sohn gibt heute den Herodes. Schöne und kultivierte Stimmen haben der Zimmerweber Breihammer (Königs) und der Zeichenschüler Lehner, der jährige Führer des Chores. Ganz besonders ist bei dem hier in langsam abgemessenen Schritte auftretenden Chorus die Schönheit und ungezwungene Freiheit der Bewegung zu bewundern. Man sieht dabei auch auf den besten Bühnen selten ohne Reize. Es ist sicher, daß hier schon erhebliche Tradition als Mitbewerber wirkt. Nach der Szene, in welcher der hohe Priester das Volk gegen den Volkser aufsteht, folgt das lebende Bild: „Die Söhne Jakobs beschließen den Verlauf ihres Bruders.“ Wie in vielen Dramen werden hier Geschehnisse des alten Bundes als Vorbild für die Lebensbahn des Erlöser gedeutet. Diese streng durchgeführte fromme Uebung hat bei aller farbigen Schönheit und historischen Gehalt des Bildes auf die Dauer etwas ermüdendes, besonders gegen das Ende der ihrer Forderung strebenden Tragödie hin empfinde ich dieses retardierende Moment als wirkungslos. Es kann nicht meine Aufgabe sein, jedes lebende Bild hier zu registrieren. Der hohe Rat beschließt die Gefangenennahme Jesu, eindrucksvoll ist die Szene, in der dieser seinen Jüngern verabschiedet, daß seine Zeit sich erfüllen werde; podenb die Verführung des Judas zum Verrat. Das Abendmahl ist bildlich ganz nach Leonardo da Vinci gehalten. Zudem läßt hier die gewaltige Kunst des großen Renaissancegenie unwillkürlich vor unserem geistigen Auge zum Vergleich aufröhen, werden an die Darsteller die größten künstlerischen Anforderungen gestellt. Daß sie hier in Ausdruck und Gehärde nicht ver-

entspricht. Nach wie vor ist daher eine Einteilung der Wahlbezirke zu fordern, die in völlig gleichem Umfange wie den landwirtschaftlichen Interessen so auch den kaufmännischen und gewerblichen Rechnung trägt. Jedenfalls aber ist die Zahl der Abgeordneten zu vermehren und sind die neu geschaffenen Sitze denjenigen Wahlkreisen zuzuwenden, in denen Handel, Gewerbe und Industrie, wie in den eigentlichen Rentan- und Industriebezirken des Westens und der Mitte des preussischen Staates, besonders hervortreten. Im übrigen nehmen wir auf die bereits der Definitivität unterbreitete Stelungnahme des Sanjabundes zur Wahlreform Bezug und wiederholen namentlich, daß keine Wahlreform denkbar ist ohne die direkte Wahl, welche in der Begründung der Regierungsvorlage als der modernen wirtschaftlichen Entwicklung entsprechend bezeichnet wurde. Das jedenfalls ist sicher: jede Wahlreform, welche dieser Entwicklung nicht Rechnung trägt, ist nicht geeignet, eine auch nur vorläufige Beendigung der Kämpfe herbeizuführen.“

**Badischer Landtag.**

Zweite Kammer. — 81. Sitzung.

J. W. Karlsruhe, 12. Mai.

Der Präsident eröffnet kurz nach 9 1/2 Uhr die Sitzung.

Am Regierungstisch sind anwesend Staatsminister v. Dufsch, Ministerialdirektor Böhm, Direktor des Oberlehrerseminars v. Sallwürf, Oberlehrer Schmidt.

Auf der Tagesordnung steht: 1. Beratung über die geschäftliche Behandlung a) des Gesetzentwurfs, Abänderung des Polizeistrafgesetzbuches betr. (der Ersten Kammer vorgelegt), b) des Gesetzentwurfs, die Abänderung des Jagdgesetzes betr. 2. Bericht der Schulkommission und Beratung über den Gesetzentwurf, Abänderung des Gesetzes über den Elementarunterricht betr. und die dazu eingegangenen Petitionen.

Berichterstatter: Hg. König.

Der Sekretär gibt dem Hause die neuen Eingänge bekannt und amot folgende Petitionen:

- 1. Beitritt des Vorstandes des Vereins der Sparkassen-rechner an der Petition der Gesamtvorstände der Bad. Gemeinde-beamten-Organisationen um Schaffung eines Gemeindebeamten-gesetzes. — 2. Petition des Vorstandes des Bad. Sparkassen-rechnervereins wegen Revision des Fürsorgegesetzes für Gemeinde- und Körperchaftsbeamte. — 3. Desgleichen des früheren Bahn-hofsarbeiters Josef Koch in Langenbrücken um Gewährung einer höheren Unterstützung. — 4. Desgleichen des Ausschusses des südbadischen Handlungsgewerks in Beireiff des weiteren Ausbaues der Kaufmannsgerichte. — Schreiben der Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit mit dem Nechtschafts-bezirk der Anstalt für 1909 für die Mitglieder der Kammer.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Präsident Rohrbach schlägt vor, den Gesetzentwurf, die Abänderung des Polizeistrafgesetzbuches betr. der Kommission für Justiz und Verwaltung, der gleichen Kommission die Gesetzentwurf, die Abänderung der Jagdgesetze betr. zu überweisen.

Das Haus ist damit einverstanden.

**Das Elementarunterrichtsgesetz.**

Hg. König (natl.)

erstattet dann den Bericht der Schulkommission über den Gesetzentwurf, Abänderung des Gesetzes über den Elementarunterricht betr. und die dazu eingegangenen Petitionen. Er fährt aus:

Meine Herren, es werden morgen am 13. Mai genau 107 Jahre sein, seitdem das badische Volksschulwesen zum erstenmal durch das 18. Organisationsgesetz geregelt worden ist. Es war ein guter Geist, der an der Wiege der badischen Volksschule damals gestanden ist, es war der Geist fortschrittlichen Willens, und dieser Geist ist in der Folge lebendig geblieben bei den Neuregulierungen der Volksschulangelegenheiten. Es ist natürlich, daß die Schulfrage, die ja im eminenten Sinne eine Kulturfrage ist, in ständigem Flusse begriffen ist. Die vier und vier Jahre des vorigen Jahrhunderts brachten uns die Auseinanderlegung zwischen Staat und Kirche auf dem Gebiete der Volksschule mit dem Ergebnis, daß die Schulhoheit des Staates zur uneingeschränkten Herrschaft gelangt ist und mit dem weiteren Ergebnisse, daß die Volksschule bedingungslos an die Stelle der Konfessionschule getreten ist.

legen, gerecht ihnen zum Ruhme. Mit der dichterisch schwächeren Oelbergzene und Gefangenennahme schließt der Vormittag des Spieles.

Mit Christi dramatisch bewegter Vernehmung vor dem hohen Priester nimmt die „Passion“ ihren Fortgang. Judas, von Neude getrieben, durchstreift die Straßen. Der Dahn trägt und Betrus verrät seinen Herrn. Christus wird an ihm vorbeigeführt und von den Priestern verspottet. Iwink, dem Judasdarsteller, gelingen ergreifende Momente, als er dem hohen Rat die Silberlinge vor die Nase wirft, weniger wirkt sein Selbstmord. Zwecklos hier dieser Volksschwärmer der begabteste Choresführer. Seine Tochter Dillie ist die neue, liebliche Maria, nachdem Anna Klunacker wegen ihrer Veredelung traditionsgemäß für die Mutter Gottes nicht mehr in Frage kam. Die junge Darstellerin besitzt klassische Rüge von jenseitvollem Ausdruck. Jeder ist ihre Gestalt nicht eben groß. Sehr glücklich repräsentiert der zwanzig-jährige Vierling den Johannes. Der Jug vor das Haus des Pilatus gehalten sich besonders farbenprächtig und imposant. Dramatisch flauer sind die Herodeszenen, doch die Verteilung ist durch die sein Mitterstück der Regiekunst darstellende Bewegung der Volksmassen wieder von großem Eindruck. Und nun Gol-gatha! Das ist in der Tat ein erschütterndes Bild, die Kreuz-aufschingung. Die Stützpunkte für den Darsteller sind kaum sichtbar, die Musik hierdurch vollkommen. Dies halbfühnliche Hängen erfordert eine heroische Ausdauer. Die Kreuzabnahme hielt mit Kubens erhaltenem Gemälde den Vergleich aus. Auch bei der Auferstehung und Himmelfahrt war Longs Haltung voll her-monischer Schönheit, doch können sie den Eindruck von Golgatha nicht mehr überbieten. Mit einem Hallenjauchens des Chores er-relt die Vorstellung ihr Ende. Die 4000 Zuschauer ergriepen sich auf die Dorfströhen. Nach kurzer Zeit jamst haben die Abendhänge die Menschenmenge angefüllt und Oberammergau liegt wieder in trüblicher Stille.

Es ist die heutige Novelle ist eine sehr umfangreiche, sie be-  
weckt die weitere Ausbildung des Schulwesens nach Lehrplan  
und anderen Einrichtungen, sie bringt die Neuordnung der Schul-  
behörde, und namentlich eine Neugestaltung der Schulaufsicht,  
ebenfalls eine Neuordnung der Rechts- und Gehaltsverhältnisse  
der Lehrer und Lehrerinnen und damit zusammenhängend eine  
Neuregelung der Gemeinde- und der Staatsbeiträge.

Wie seit langen Jahren bestimmt das Gesetz die Schulpflicht,  
h. h. die Verpflichtung der Eltern, ihre Kinder in der Volksschule  
unterrichten zu lassen. An die Stelle der Volksschule kann eine  
andere Anstalt treten, deren nähere Voraussetzungen im Gesetze  
je geregelt sind. Es ist im Gesetze weiter bestimmt, und das ist  
eine Erneuerung, die ergänzend hinzugefügt worden ist zu den  
früheren, daß Kinder, welche infolge geistiger oder körperlicher  
Schwächen nicht in der Lage sind, den Schulunterricht regelmäßig  
zu besuchen, Dispens erhalten können, von dem Besuche der  
Schule. Es ist aber weiter dafür Vorsorge getroffen, daß diesen  
Kindern, soweit ihr körperlicher Zustand und ihre geistigen Fähigkeiten  
es möglich machen, eine ihnen entsprechende Ausbildung wird.

Da eine Verpflichtung der Eltern geschaffen ist, ihre Kinder  
in der Volksschule, oder bei körperlichen Schwächen oder bei ge-  
minderter geistiger Veranlagung in sonstigen Einrichtungen aus-  
bilden zu lassen, so ist es selbstverständlich, daß auch eine Ver-  
pflichtung anzunehmen war, daß da, wo die Eltern zu der Er-  
füllung dieser Verpflichtung nicht in der Lage sind, die Gemeinde  
einzutreten hat, und es ist lebhaft im Schulgesetze diese moderne  
Rechtsanschauung kodifiziert, daß alle Leistungen, welche die Ge-  
meinde auf dem Gebiete der Schule für die Kinder macht, nicht als  
Armenunterstützung zu gelten haben.

Es ist jedoch die Schulpflicht auf 8 Jahre festgesetzt, wie sie  
es ja bei Knaben schon immer war. Die Mädchen konnten aber  
bisher noch jährigem Schulbesuch aus der Schule entlassen wer-  
den. Es ist nunmehr die Schulpflicht für Mädchen wie für Knaben  
gleichmäßig auf 8 Jahre obligatorisch festgesetzt. Die Mäd-  
chen sind ja durch die neue Entwicklung der Dinge immer mehr  
berufen, und teilweise gezwungen, im wirtschaftlichen Leben tätig  
zu werden und Berufsarbeiten auszuführen, und es ist durchaus  
nur dieser Realitätsrechnung Rechnung getragen, wenn obligatorisch  
bestimmt wird, daß auch die Mädchen gleich den Knaben eine acht-  
jährige Schulausbildung zu ertragen haben.

Es war die Frage zu erörtern, ob man den Anfang des Schul-  
jahres verschieben sollte, ob man eine Veränderung treffen sollte,  
damit nicht durch die wechselnden Eltern ein wechselnder Beginn  
des Schuljahres eintritt. Die Regierungsvorlage hat in dieser  
Hinsicht den Vorschlag enthalten, den Anfang des Schuljahres auf  
den 1. Mai zu bestimmen, und das Ende dann auf den 30. April  
eintreten zu lassen. Zweifellos hätte der Vorschlag der Regierung  
den Vorzug gehabt, daß wir ein für allemal einen festen Anfang  
und ein festes Ende für das Schuljahr bekommen hätten, wir  
hätten endlich das Ergebnis bekommen, daß die Schuljahre alle  
gleich sind, was wir bis jetzt nicht hatten, wo das eine Schuljahr  
mehr als 12 Monate hat, während das andere weniger zählt, je  
nachdem Eltern will. Die Kommission hat nicht verkannt, daß  
dortin ein Vorschlag liegt, der sehr viele praktische Gründe für sich  
hat, sie hat aber dennoch diesen Vorschlag im Regierungsentwurf  
abgelehnt und hat sich schlüssig gemacht, bei dem bisherigen Zu-  
stand zu bleiben, namentlich mit Rücksicht darauf, daß der Fall des  
Endes des Schuljahres auf Ostern eine tiefe, seit Jahrhunderten  
eingetragene Gewohnheit im Volke ist, und damit hängt auch die  
Einlassung der Konfirmanden an Ostern zusammen. Man hat  
also mit Rücksicht auf diese letzten auffallenden Umstände den Be-  
ginn des Schuljahres wie bisher an Ostern belassen, und hat  
die kleinen Nachteile, die damit verbunden sind, in Kauf genommen.

Es war von einer anderen Seite angeregt worden, den Be-  
ginn des Schuljahres wie an den Mittelschulen auf den Herbst  
zu verlegen. Das wurde in der Kommission abgelehnt, und war  
wurde namentlich in Vergleich gezogen, daß in anderen deut-  
schen Bundesstaaten die Volksschule ebenfalls den Schulbeginn  
an Ostern habe. Es ist damit Rücksicht genommen auf die länd-  
liche Bevölkerung, welche ein großes Interesse daran hat, daß  
die schulentlassenen Kinder an Ostern aus der Schule kommen,  
weil dort der Beginn der Feldarbeiten ist, ebenso hat man Rück-  
sicht darauf genommen, daß gerade für die kleinen Kinder von  
6 Jahren, die erst neu in die Schule eintreten, günstigere Be-  
dingungen sind für den Schulbesuch im Frühjahr als im Herbst,  
das Wetter ist besser und die Wege zur Schule sind viel prak-  
tischer, für die Kinder ist besseres Licht. Es wirken also eine  
Reihe von Umständen zusammen, so daß wir uns schlüssig ge-  
macht haben, gerade für diese kleinen bei dem jetzigen Zustand  
zu bleiben, weil der Unterricht besser im Sommer, als im Herbst  
sein kann, wenn der Winter beginnt.

Es ist jedoch eine Einrichtung im Gesetze getroffen, daß  
jede politische Gemeinde ihre Volksschule hat. Die Gemeinde hat  
eine Volksschule. Nun bestehen ja bei uns im Lande Verhält-  
nisse, daß kleineren Gemeinden nicht hinreichend groß sind, um  
eine eigene Volksschule zu erhalten, daß diese Gemeinden nach-  
barlich zu nahe beisammenliegen, und da ist dann im Gesetze die  
Möglichkeit vorgesehen, daß diese kleinen Gemeinden gegebenen-  
falls sich vereinigen zu einem Schulverband und daß sie zusammen  
die Volksschule errichten, die dann eine gemeinsame ist.

Eine eingehende Regelung und zwar mit vielfachen Erneuer-  
ungen ist im Gesetze getroffen worden bei den Schulbehörden. Als  
Schulbehörden haben wir für die örtliche Schulaufsicht Orts-  
schulbehörden, über mehreren Schulen liegt als Aufsichtsrat das  
Kreisoberamt und darüber die Oberschulbehörde, der Ober-  
schulrat und die oberste Spitze bildet ja das Ministerium des Innern.

Ich wende mich zunächst zur örtlichen Schulbehörde, zur  
Ortschulbehörde. Dieser steht zu die Schulpflicht und die Auf-  
sicht über den Unterrichtsbetrieb. Die Schulpflicht ist im Ge-  
setze genau geregelt, alles einzelne, was dazu gehört, ist dort an-  
geführt. Die Schulpflicht besteht im großen und ganzen darin,  
daß die Ortschulbehörde die Vermögensverwaltung zu führen  
hat und auf die äußere Erhaltung der Schule Acht haben soll.  
Die technische Schulaufsicht, welche der Ortschulbehörde zuge-  
teilt ist, kann aber von der Ortschulbehörde nicht ausgeübt  
werden, sondern sie wird im Namen der Ortschulbehörde aus-  
geübt durch einen Lehrer. Wir haben hienüt die Hochaufsicht ein-  
geführt. Der Lehrer, welcher im Namen der Ortschulbehörde  
die technische Schulaufsicht zu führen hat, ist im Gesetze bestimmt;  
es ist ein erster Lehrer oder ein Rektor. Nun bestehen Erste  
Lehrer und erst recht die Rektoren nur an Schulen mit mehreren  
Hauptlehrern. An Schulen, an denen nur ein Hauptlehrer  
ist, gibt es einen Ersten Lehrer nicht. In einem solchen Fall ist  
deshalb die Ortschulbehörde gar nicht in der Lage, die Schul-  
aufsicht in technischem Sinne auszuüben, und wir haben nach  
dem Gesetze in dieser Hinsicht das Ergebnis, daß die Schulen  
mit nur einem Lehrer einer örtlichen Schulaufsicht im technischen  
Sinne überhaupt nicht unterliegen, sie unterliegen nur der Auf-  
sicht des Kreisoberamtes. Das scheint vielleicht als eine nicht

recht mit einander vereinbarliche Sache, daß eine solche kleine  
Schule ohne schultechnische Aufsicht sei, währenddem die größeren  
Schulen gerade einer schultechnischen Aufsicht in weiterem Um-  
fange unterliegen. Allein, meine Herren, das Korrekturen liegt darin:  
diese kleinen Schulen mit nur einem Lehrer können eben sehr  
viel leichter durch das Kreisoberamt inspiziert werden als die  
großen Schulen mit vielen Lehrern. Aus diesem Grunde glaubte  
man diese Einrichtung, so wie ich sie Ihnen dargestellt habe, gut-  
heißen zu können.

Es ist dann der Ortschulbehörde die Befugnis eingeräumt,  
jederzeit die Schule zu besuchen und sich vom Stande der Schule  
zu überzeugen. Diese Befugnis hat unter allen Umständen der  
Bürgermeister, selbst da hat er sie, wo er nicht Mitglied der  
Schulkommission ist. Man wolle in dieser Hinsicht einer tief  
eingewurzelten Anschauung, einem gewissen natürlichen Recht  
Rechnung tragen, daß der Bürgermeister, dem die Gemeinde-  
angelegenheiten unterstehen, auch die Schule, die eine Gemeindegeld-  
anstalt ist und bleiben soll, besuchen darf als Bürgermeister. Deshalb  
hat man diese Bestimmung in das Gesetz hineingeschrieben. Im  
Regierungsentwurf war sie nicht enthalten. Die Schulen in den  
Städten der Städteordnung haben ähnliche Regulierungen;  
allein es treten ja noch Besonderheiten hinzu, ich werde diese  
im Zusammenhang besprechen.

Ich wende mich nun zur Zusammenfassung der Ortschul-  
behörde. Die Ortschulbehörde wird gebildet durch den Ge-  
meinderat, dazu kommt der Ortsbürgermeister und der Erste Lehrer.  
In Orten mit mehr als 6000 Einwohnern muß an Stelle der  
Ortschulbehörde eine besondere Schul-Kommission errichtet wer-  
den. In Orten mit weniger als 6000 Einwohnern kann eine be-  
sondere Schulkommission gebildet werden. In dieser Schul-  
kommission können auch Frauen Aufnahme finden. Sowohl  
Mitglied der Ortschulbehörde, wo sie als solche besteht, als  
auch Mitglied der Schulkommission, wo diese eingerichtet ist,  
ist unter allen Umständen der Schularzt. Der Schularzt ist eine  
im Gesetze neu geregelte Institution. Wir haben bereits in ein-  
zelnen größeren Städten des Landes und außerhalb Badens in  
zahlreichen Städten Schularzte. Nun ist durch dieses Elementar-  
unterrichtsgesetz der Schularzt eingeführt und zwar obligatorisch  
an allen Schulen mit mehr als zehn Lehrern. An Schulen mit  
weniger als zehn Lehrern kann ein Schularzt angestellt werden.  
Die Funktion des Schularztes (um das ganz kurz zu präzisieren)  
besteht nicht darin, daß er etwa die Schulkinder ärztlich behan-  
deln soll, die ärztliche Behandlung ist ausgeschlossen, die  
ärztliche Behandlung soll stattfinden durch denjenigen Arzt, wel-  
chen die Eltern wählen. Die Aufgabe des Schularztes besteht  
vielmehr lediglich darin, die Schule in sanitärer Hinsicht zu über-  
wachen, auf die Kinder acht zu geben, um etwa auftretende  
Mängel, entstehende Krankheiten zu entdecken, und die Schüler  
und die Eltern darauf aufmerksam zu machen. Deshalb und nur  
zu diesem Zweck hat der Schularzt auch das Recht der ärzt-  
lichen Untersuchung der Kinder. Sobald die ärztliche Behandlung  
beginnt, hört die Tätigkeit des Schularztes auf und tritt die  
Tätigkeit eines anderen Arztes ein. Man wird ohne weiteres  
angeben müssen, daß diese Einrichtung, wenn sie richtig gehan-  
delt wird, sehr segensreich sein kann. Überlegen Sie einmal,  
meine Herren, die Sie doch alle auch in der Schule gesehen  
sind: Bei wie vielen Kindern wird beispielsweise auf Sch-  
ul- und sonstige Mängel viel zu wenig geachtet, und sie  
werden gezwungen, dem Unterricht zu folgen unter Schwierig-  
keiten, wobei ihr Leben sich verschlimmert, während eine sach-  
gemäße Beobachtung zur richtigen Zeit und eine sachgemäße Be-  
handlung zur richtigen Zeit sehr viel schlimmes hätte verhüten  
und sehr viel gutes hätte bewirken können. Das ist eine der wich-  
tigsten Aufgaben, welche zur Errichtung des Institutes des Schularztes  
zugrunde liegen. Die Vergütung, welche der Schularzt  
erhält, ist von der Gemeinde zu zahlen; es wird also durch dieses  
Institut eine weitere Belastung der Gemeinden befallen. Nach  
Mitteilungen der Regierung wird die Einführung des Schularztes  
obligatorische Wirkung haben zur Zeit in 21 Gemeinden  
und zwar in 18 Städten u. in 3 Landgemeinden, abgesehen natür-  
lich von den Städten der Städteordnung.

Wir haben nun die Ortschulbehörde und die Schulkommission  
besprochen. Ueber dieser örtlichen Aufsichtsbehörde steht als mit-  
telbare Aufsichtsbehörde das Kreisoberamt. Bisher hatten wir den  
Kreisoberamt, das ist eine Person, welche als Kreisoberamt ihren  
Sitz hat. Wir haben a. H. 18 solcher Bezirke. Nun haben sich  
in der Praxis gewisse Mängel herausgebildet, welche durch das  
Gesetz und die von ihm geschaffene Organisation behoben werden  
sollen, soweit dies natürlich möglich ist. Wir sehen ja die Zahl  
der Schulklassen ständig im Wachsen begriffen, wir sehen das  
namentlich in größeren Städten; da haben wir bereits Schulen mit  
vielen Hunderten von Schulklassen, wir sehen auch auf dem Lande  
draußen, daß die Schulklassen ständig wachsen, und nun ist es  
einem einzelnen Mann kaum möglich, diese einzelnen Schulklassen  
so zu beaufsichtigen, daß man von einer Aufsicht über Schule und  
Lehrer überhaupt noch reden kann. Man hat deshalb die Not-  
wendigkeit empfunden, hier die besternde Hand anzulegen zu dem  
Zweck, eine wirkliche Aufsicht wenigstens zu ermöglichen. Die  
Regierung mocht den Vorschlag, zu diesem Zwecke Amter zu schaf-  
fen mit einem Vorstand und der nötigen Anzahl von Gehilfen,  
sodass an die Stelle des Einzelnen eine Mehrzahl von Personen  
tritt, die unter sich die Geschäfte teilen. Zweckmäßig werden  
mehrere Personen in der Lage sein, eine bessere Aufsicht zu üben,  
als eine Person, und die Schaffung des Amtes bildet außerdem die  
Möglichkeit, die Zahl der Stellen so zu vermindern, wie es der  
wachsenden Aufgabe entspricht. So ist der Gedanke der Regierung  
und dieser Gedanke der Regierung ist auch in der Kommission gut-  
geheißen worden.

Es war zwar in der Kommission von einer Seite der Vor-  
schlag gemacht worden, nicht das Kreisoberamt mit der Verfassung  
einzuführen, wie ich gesagt habe, sondern die Zahl der Kreisober-  
räte zu vermehren, also die Kreisoberräte bejubelnden und die  
Bezirke zu vermindern, d. h. die Bezirke zu verkleinern. Es ist  
zweifellos, daß dieser Idee, die Zahl der Kreisoberräte zu ver-  
mehren und die Bezirke zu verkleinern, der praktische Erfolg der  
besseren Schulaufsicht zukommt; das kann nicht bestritten werden.  
Allein eine Schwierigkeit war es, welche die Majorität der Kom-  
mission bestimmte, diesen Vorschlag abzulehnen und den der Regie-  
rung anzunehmen: Die Schwierigkeit der Schulaufsicht besteht vor  
allem in den großen Städten, in den Städten der Städteordnung.  
Wir haben beispielsweise in Mannheim, glaube ich, zwischen 500  
und 700 Schulklassen. Wenn man nun diese städtischen großen  
Schulen sich vorstellt, so müßte man, wenn der Kreisoberamt als  
solcher weiterbestehen soll, wenn die Zahl der Kreisoberräte ver-  
mehrt, die Bezirke aber verkleinert werden sollen, zu dem Ergebnis  
kommen, daß in einer einzigen Stadt mehrere Kreisoberräte  
nebeneinander tätig wären. Nun ist die Volksschule auch in der  
größten Stadt ein Organismus, der eine einheitliche Verfassung  
hat, einheitliche Organe an der Spitze, und da geht es nicht an,  
daß die Staatsverwaltung durch mehrere selbständig nebenein-  
anderstehende Aufsichtsbearbeiter, die unter Umständen verschiedene  
Aufgaben haben über verschiedene Dinge, eine solche Schule inspi-  
zieren läßt. Das war der Grund, warum wir diesen Vorschlag  
abgelehnt haben, die Zahl der Kreisoberräte zu vermehren und  
warum wir dem Vorschlage der Regierung und angehängten haben,  
das Kreisoberamt einzuführen.

Jede Volksschule hat selbstverständlich einen Hauptlehrer, und  
es ist bereits bisher ja im Gesetze bestimmt, daß an einem Haupt-

lehrer nicht mehr als 70 Schulkinder kommen dürfen. Wo die  
Zahl der Schüler eine entsprechend große ist, da sind eben dann  
mehrere Hauptlehrer, und es sind dann so viele Hauptlehrer da,  
als notwendig sind, um die entsprechenden Klassen zu bilden.  
An Schulen mit mehreren Hauptlehrern ist einer davon der erste  
Lehrer, an Schulen mit mehr als 10 Lehrern ist ein besonderer  
Schulleiter vorgezogen, der den Namen Rektor hat; das ist die  
Dienstbezeichnung. Dieser erste Lehrer hat ganz bestimmte Befug-  
nisse. Es ist wichtig, sie festzustellen; sie sind deshalb im Kommi-  
sionsberichte zusammen aufgeführt. Die Bedeutung dieses ersten  
Lehrers als Schulaufsichtsbeamter wird namentlich noch dadurch  
nach der Novelle verstärkt, daß dieser erste Lehrer oder der Rektor  
diejenige Person ist, welche im Namen der Ortschulbehörde oder  
der Schulkommission die technische Schulaufsicht ausübt.

Ebenso wie es Hauptlehrer gibt, gibt es auch Hauptlehrerinnen,  
und zwar ist im Gesetze vorgezogen, daß Hauptlehrerinnen nur an  
Schulen mit mehr als zwei Lehrern angestellt werden; es müssen  
also mindestens drei Lehrer sein, bis eine Hauptlehrerin angestellt  
werden kann. Nun ist in der Kommission der Wunsch aus-  
gesprochen worden auch der Antrag gestellt, könnte ich sagen, die  
Anstellungsverhältnisse der Hauptlehrerinnen, die zur Zeit ungün-  
stige sind, dadurch zu verbessern, daß diese Bestimmung in einer  
für die Hauptlehrerinnen günstigeren Weise abgeändert wird. Die  
Kommission konnte zwar dem Wunsche, daß die Anstellung der  
Hauptlehrerinnen in der Praxis in weit besserem, den Haupt-  
lehrerinnen mehr entgegenkommendem Sinne stattfinden möge,  
unterstützen, sie konnte sich aber nicht dazu entschließen, das Gesetz  
abzuändern und zu bestimmen, daß schon bei einer minderen Zahl  
von Hauptlehrern eine Hauptlehrerin angestellt werden kann. Es  
sahen aus praktischen Gründen empfehlenswerter, die Bestimmung  
beizubehalten, wie sie im bisherigen Gesetze war und im Regie-  
rungsentwurf vorgezogen ist.

Die Stelle des ersten Lehrers im technischen Sinne konnte  
bisher, nach dem bisherigen Gesetze, einer Hauptlehrerin nicht  
übertragen werden. Auch der Regierungsentwurf wollte diese Be-  
schränkung der Lehrerinnen beibehalten. In der Kommission hat  
diese Bestimmung eine Abänderung erfahren; es ist beschlossen  
worden, daß Lehrerinnen die Stelle eines ersten Lehrers erhalten  
können, wenigstens in Schulabteilungen, die ausschließlich von  
Mädchen besucht werden.

Nun komme ich zu den Lehrgegenständen. Die Lehrge-  
genstände sind im Gesetze einzeln aufgeführt. Unter Lehrgegenständen  
sind diejenigen Gegenstände zu verstehen, welche in der Volksschule  
gelehrt werden müssen; sie sind obligatorisch. Daneben ist  
die fakultative Einführung anderer Unterrichtsgegenstände zugelassen.  
Wir haben die Bestimmung, daß der Unterricht in fremden  
Sprachen eingeführt werden kann, für Knaben der Handfertigkeits-  
unterricht u. s. w. Es war von einer gewissen Seite auch beantragt  
worden, in diesen Lehrplan unter die obligatorischen Unterrichts-  
gegenstände auch den Unterricht in Haushaltungsangelegenheiten  
aufzunehmen. Das ist abgelehnt worden, das ist eine Sache der  
Fortbildungsschule, und ohnedies ist der Lehrplan schon mit so  
vielen Gegenständen belastet, daß auch in dieser Hinsicht das Wort  
gilt: Multum, non multa.

Es ist eine grundlegende Bestimmung des neuen Gesetzes, daß  
der Begriff der erweiterten Volksschule und der einfachen Volkss-  
schule aufgehoben ist. Es gibt jetzt nur noch eine Volksschule mit  
einem mehr oder weniger erweiterten Lehrplan.

Es war in der Kommission bei den Unterrichtsgegenständen  
auch die Rede von dem Religionsunterricht. Die Religion ist ein  
obligatorischer Unterrichtsgegenstand und soll es bleiben. Niemand,  
von keiner Seite, hat nach dieser Richtung hin irgend eine Disjunk-  
tion eröffnet. Wohl aber war von gewisser Seite darauf hinge-  
wiesen worden, daß es nicht angeht, für Kinder, deren Eltern  
einer Religionsgemeinschaft nicht angehören, unter einem gewissen  
Gewissenszwange zu zwingen, einen Religionsunterricht zu be-  
suchen, der ihrer religiösen Überzeugung nicht entspricht. Es  
wurde der Vorschlag gemacht, zum § 20 einen Zusatz zu machen  
folgenden Inhalts: „Kinder, die keiner Religionsgemeinschaft an-  
gehören oder einer solchen, für die an der von ihnen besuchten  
Volksschule kein Religionsunterricht erteilt wird, können gegen den  
Willen des Vaters oder anderer Erziehungsberechtigten nicht zum  
Besuch des Religionsunterrichtes angehalten werden.“ Die Regie-  
rung erklärte, daß sie gegen diesen Vorschlag prinzipiell nichts ein-  
zuwenden habe; aber er ist durchaus entbehrlich, denn die Verwal-  
tungsgrundsätze, nach denen die Regierung handle, seien bereits  
genau so wie dieser vorgeschlagene Gesetzesparagraf zu bestimmen  
wolle. Die Regierung habe streng den Grundhoh befolgt, der in  
der babilischen Verfassung niedergelegt sei, daß jeder Landes-  
bewohner ungeschädigte Gewissensfreiheit genieße. Die Kommission  
legte aber Wert darauf, diese Bestimmung zu schaffen; denn die  
Praxis einer Verwaltung einer Regierung sei wandelbar wie die  
Regierung selbst, und man wolle das in unwandelbarer Weise in  
das Gesetz hineingeschrieben haben.

Allerdings sind nicht alle Fälle eines Gewissenszwanges damit  
behothen. Es gibt Eltern, welche einer anerkannten Religions-  
gemeinschaft angehören, aber dennoch mit dem Religionsunterricht  
der betreffenden Religionsgemeinschaft, wie er gerade in der Schule  
erteilt wird, nicht einverstanden sind; auch nach dem neuen Zusatz  
sind diese Eltern gezwungen, ihre Kinder in diesen Religionsun-  
terricht zu schicken. Sie sind nicht berechtigt, die Kinder aus diesem  
Religionsunterricht hinwegzunehmen; sie können nur auf dem  
Wege des Dispenses von der Verpflichtung befreit werden, ihre  
Kinder in diesen Religionsunterricht zu schicken. So ist es auch  
bisher im Wege der Verwaltungspraxis geschehen.

In dieser Richtung sind namentlich seitens der getauften  
Juden und der israelitischen Religionsgemeinschaft in Karlsruhe  
Anträge laut geworden. Hier hat es sich um solche gehandelt, die  
Mitglieder der Landeshynagoge sind, aber ihre Kinder nicht in den  
Religionsunterricht schicken wollen, wie er in der Schule erteilt  
wird, weil ihnen dieser Unterricht ein zu freier, ein zu liberaler  
ist; er ist nicht „gepredigt“ in ihrem Sinne. Diesen Wünschen  
konnte man nicht entgegenkommen; die Gesetzesbestimmung konnte  
nicht weiter ausgedehnt werden, als es geschehen ist. Diese Beten-  
ten waren auf den Weg der Dispens zu verweisen, den ja die  
Regierung, wie sie erklärte, bisher beizugelassen hat.

Herr v. Fehrenbach (Hr.): Der Herr Berichterstatter  
hat uns über die Vorzüge des Gesetzes unterrichtet. Für die  
förderliche Art seiner Tätigkeit sage ich ihm herzlichsten Dank.  
den Verkäufers des Gesetzes, den Vertretern der Regierung  
und dem Oberschulrat Schmidt. Durch den achtjährigen  
Schulunterricht der Mädchen werden der Landwirtschaft  
wieder Arbeitskräfte entzogen. Der Redner beschäftigt sich  
dann mit den Einzelheiten des Gesetzes. Es ist zu befürchten,  
daß kleine Gemeinden durch die Mittelklassen sehr belastet  
werden. Das System der Schulaufsicht findet in seinen  
Einzelheiten nicht den Beifall des Redners, doch sei es not-  
wendig gewesen und wäre der Schule zugute gekommen.  
Soffentlich werde die Regierung die tüchtigsten Volksschul-  
lehrer dazu berufen, denn diese sollen ihr Amt ohne Ueber-  
hebung ausüben, aber getragen von dem Bewußtsein der  
Verantwortlichkeit. Die Einreichung der Lehrer in  
den Gehaltsstufen sei das Pulver nicht wert, das  
dafür verschossen würde. Dadurch, daß in dem § 39 des  
Gesetzes den Lehrern eine Erhöhung zugesagt wurde, ist das  
nötigste erreicht worden. Die Hauptlehrerinnen können mit  
dem Gesetze zufrieden sein. Mit der Neuordnung des Gehalts-  
tarifs der Lehrer darf man wohl die Hoffnung aussprechen,  
daß endlich die langen und heftigen Kämpfe darum erledigt

sind. Dieser Kampf hat Formen angenommen, die weit über die Grenzen hinauszugehen. Auf Zufriedenheit ist jetzt doch nicht zu hoffen. Wir haben einen objektiven aber wohlwollenden Standpunkt eingenommen. Die Lehrer wollen eingedenk bleiben, daß ihnen der Staat entgegengekommen ist, trotz schwerer finanzieller Nöte. Der Württembergische Lehrerstand steht jetzt mit vollen 800 hinter den badischen Lehrern zurück. Die Lehrer sollen aber auch eingedenk bleiben, daß ein werktätiger Mann, der dieselbe Bildung hat wie sie, sehr oft eine solche materielle Stellung im Leben nicht erwerben kann. Wir hoffen, daß jetzt in den Schulblättern wieder für Fragen mehr pädagogischer Art Raum wird.

Zu dem § 114 gebe ich gern zu, daß die Frage eine sehr sachliche Behandlung erfahren hat. Bedauern aber, daß durch diese Bestimmung ein Zankapfel in die Debatte hineingeworfen wird. Wir hatten zuerst Streichung beantragt, weil die Bestimmung noch unserer Aufklärung gegen die Freiheit der Gemeinden verstoßt. Wir haben dann eine andere Fassung beantragt. Die Bedeutung dieser Bestimmung ist für uns von größter Bedeutung und ich muß sie deshalb eingehend behandeln. Der Gehepentrurf des Ministeriums Jolly hat keinen Unterschied gemacht zwischen kirchlichen und anderen Korporationen. Der Redner erörtert dann die Schaffung der älteren Schulgesetz, aus dem dieser Paragraph hervorgegangen ist.

Staatsrat Weizen hat früher schon gesagt, daß es viele Wege gibt, den Paragraph zu umgehen. Das ist aber nicht der Fall gewesen. Bis jetzt sind nur zwei Schulen von kirchlichen Korporationen gegründet worden. Sie können nicht behaupten, daß hieraus weniger gute Staatsbürger hervorgegangen sind. Sie haben für den Paragraph gar keine statistischen Unterlagen, ich hätte ihnen eine solche bieten können, die gegen den Paragraph spricht. Wenn die Religion so in der Schule erhalten bleibt, wie jetzt, so hat die Kirche gar keine Veranlassung Schulen zu gründen. Jetzt können wir aber von keinem freundlichen Geist, sondern von einem feindseligen sprechen. Haben sie denn soviel Angst? Nachdem sie doch die gesamte Linke so einmütig zusammengesunden hat, ist doch die Zukunft Bodens gesichert. In der Bestimmung liegt ein Ausnahmefall und ein Unrecht. Ich hätte es nicht für möglich gehalten, daß die Sozialdemokratie einem Ausnahmefall zustimmt, nachdem sie selbst unter einem solchen Gesetz so lange gelebt hat. Der Redner wendet sich dann heftig gegen die von der sozialdemokratischen Fraktion angestrebte Zwangsschule. Zur Frage der Disziplinfinden stehen wir auf dem Standpunkt der Regierung. Die Stellung des Oberrats der Juden gegenüber dem Rabbiner Uno in Mannheim ist nicht zu vertreten. Ich hoffe, daß der Oberrat der Juden diesen Vorgang sich zur Notiz nimmt. Zum Schluß will ich noch bemerken, daß der § 114 eine Verunglimpfung des Schulgesetzes bildet. Er klassifiziert die christlich Gesinnten zu Staatsbürgern 2. Klasse, das lassen wir uns nicht gefallen.

Hg. Kolb (Soz.): Durch dieses Gesetz sind wir noch sehr weit entfernt von dem Zustand, den wir als bedrückend ansehen, andererseits sind gewisse Fortschritte in diesem Gesetz zu verzeichnen. Der Hg. Lehrenbach hat sich eben heftig gegen die Zwangsschule gewandt. Tatsache ist, daß jetzt für die Mehrzahl eine Zwangsschule besteht. Die meisten Bürger müssen ihre Kinder in die Volksschulen schicken. Es ist behauerlich, daß die Religion noch heute einen ganz besonderen Vorzug im Unterricht genießt. Wir wollen, daß jeder erst die Volksschule besuchen muß, die heutige Ungerechtigkeit muß beseitigt werden. Die Hochschulen sollen sich organisch an die Volksschulen anbauen und nicht mehr der Geißel der Eltern soll entscheidend sein, sondern das Talent. Heute gehen viele Talente uns verloren. Daß das System der Förderklassen in den Volksschulen eingeführt werden soll, begrüße ich. Nach einem Schriftsatz des Kreis Schulinspektors in Mannheim haben sich diese Klassen außerordentlich bewährt. Die Zahl der Volksschüler, die heute auf einen Lehrer entfallen, ist viel zu groß. Die Unterrichtsstunden auf dem Lande sind viel zu gering. Es wird gesagt, wir haben eine Gemeindefschule. Tatsächlich haben wir eine Staatsanstalt. Die Gemeindefbeiträge werden als sehr kümmerlich empfunden. Wir haben diebestmal dem zugestimmt, weil wir wollen, daß die Gemeinden endlich einsehen, daß die Schule eine Staatsanstalt sein muß. Beim Ministerium ist bezeichnend, daß in der Benennung erst Justiz, dann Kultus und zuletzt Unterricht kommt. (Hö. hinter ruft: Alphabetisch geordnet.) Kolb fortsetzend: Das können Sie im katholischen Volksverein erzählen. (Weiterleit.) Die Durchführung der Forderung ist zu begrüßen. Ich hätte lieber gesehen, wenn die Zahl der Kreis Schulräte vermehrt worden wäre. Die materiellen Verhältnisse der Lehrer sind nun geregelt worden, aber daß wir dadurch Zufriedenheit erlangen werden, wage ich nicht auszusprechen, es ist aber zu berücksichtigen, daß die Lehrer lange Zeit sehr vernachlässigt worden waren. Es ist von einer Seite gesagt worden, wir wollten das ganze Gesetz scheitern lassen, wenn die Lehrer nicht in den Gehaltsstufen eingereiht werden. Eine solche Verantwortung haben wir nicht übernehmen können. Die Lehrer hätten uns das am meisten übel genommen. Gegenüber den Privatbeamten sind sie im Alter und mit ihren Familien verlor. Die Bestimmung, daß Schrifliche Lehrer sofort in den höheren Gehalt einrücken, bezweigt sehr viel Wohlwollen. Nun zum § 114. Wenn man die Ausführungen des Hg. Lehrenbach hört, dann könnte man den Anschein haben, als ob ein neuer Kulturkampf bevorstehe. Das ist garr nicht der Fall.

Der Hg. Lehrenbach hat den Paragraph als harmlos geschildert und gesagt, er hindere gar nicht und könne umgangen werden. Da, warum denn aber ein solcher Spektakel? Weil Sie (zum Zentrum) einmal wieder "Agitationsmittel" gebrauchen. Die Zentrumspresse schreibt, daß sich der Paragraph gegen die katholische Kirche richtet. Das ist unrichtig. Er richtet sich gegen alle Konfessionen ohne Ausnahme. Neben Sie nicht von Ausnahmefällen. Sie haben Ausnahmefälle geschaffen zu Ihren Gunsten, Privilegien für die Kirche. Und richtet sich dagegen der Staat, so schreiben Sie von Ausnahmefällen. Der Hg. Lehrenbach hat gesagt, wenn wir (die Soz.), die Macht hätten, würden wir die neue Schule ändern. Das ist sehr richtig. Wir wollen die Staatschule. Wir sind aufständiger in dieser Beziehung. Daran glaube ich nicht, daß dann Sie, wenn Sie die Macht haben, die Schule so belassen, wie sie jetzt ist. Die Stellung des Staatsministeriums kann und gar nicht imponieren. Als das Zentrum einen Antrag stellte, gab der Staatsminister den Paragraph sofort preis. Wir sind nicht für den Kulturkampf und haben gegen jedes Ausnahmefallen, das sich gegen das Zentrum richtet, gestimmt, aber Sie, (zum Zentrum), Sie haben bei Ausnahmefällen eine

Stellung eingenommen, wie es Ihnen gerade paßt, mal so, mal so. Wenn Sie von einem Kulturkampf in dieser Beziehung reden wollen, ist es uns recht. Wir haben hieron nichts zu befürchten, sondern nur Vorteile. Warum schreibt man von protestantischer Seite nichts gegen den Paragraph? Weil man dort keine Absicht hat Schulen zu gründen. Sie (zum Zentrum), haben diese Absicht aber. Wenn wir den Paragraph fallen lassen, schaffen Sie sofort Konkurrenzschulen und das wollen wir nicht. Wir wollen Staatschulen haben. Die Simultanschule wollen wir nicht preisgeben. Wir stimmen für den Paragraph, selbst dann, wenn Sie den Schein für sich haben. Die Verdächtigungen der Zentrumspresse fürchten wir nicht.

Damit wird die Sitzung um 2 Uhr abgebrochen und auf heute nachmittags 4 Uhr vertagt.

## Aus Stadt und Land.

Mannheim, 12. Mai 1910.

### Evangelische Kirchengemeinderatsversammlung.

Wir haben bereits angedeutet, daß bei der Beratung des Vorantrages des Evangelischen Kirchen- und Armenvereins in der gestrigen evangelischen Kirchengemeinderatsversammlung eine Anzahl Anregungen und Wünsche vorgebracht wurden. Der Verlauf der Versammlung erinnerte lebhaft an die Budgetberatung im Bürgerstadtrat. R. A. v. Dardor trägt an, wieviel von den Kirchenkalendern noch unverkauft sind. Stadtpfarrer Dr. Hoff, der Verfasser des Kalenders, macht darauf aufmerksam, daß in den Jahren, in denen kalten Wintern, es nicht möglich ist, den Kalender im Dezember herauszugeben. Es werde Januar und Februar. Es sei der Vorschlag gemacht worden, den Kirchenkalender in einigen Jahren ganz fallen zu lassen und ein Gemeindefalt zu schaffen, das entweder wochentaglich oder monatlich erschiene. Oberinspektor Welker bemerkt, es ist jetzt nicht möglich, Auskunft darüber zu geben, wieviel Kalender verkauft seien. Wie bei jeder Drucksache blieben in jedem Jahr eine Anzahl Kalender übrig. St. S. Eiler stellt fest, daß 3500 Stück gedruckt worden sind. Im vorigen Jahre wurden 2500 Stück verkauft. In diesem Jahre würden es jedenfalls ebensoviel sein. R. A. v. Dardor erklärt sich mit der Auskunft zufrieden. Er habe nur wissen wollen, es ein großer Prozentsatz unverkauft sei. Der gleiche Redner stellt weiter die Anfrage, ob der Vertrag mit dem Rechner fortgesetzt werde und wann dem Beamten die Führung der Kirchenbücher übertragen werde. Oberinspektor Welker bemerkt, es sei selbstverständlich, daß der Rechner sich nicht vom 1.-10. Mai einarbeiten könne. Darüber werde ein Jahr vergehen. Er halte es nicht für zweckmäßig, wenn jetzt eine Änderung in dem jetzigen Verhältnis eintrete. Was die Vergütung für die Führung der Kirchenbücher anbelange, so ist beschäftigt, dem Bureau die Führung zu übertragen gegen Kredit bis zu 500 A. für den die erforderliche Differenz bestritten werden soll. Herr Raupp fragt an, ob mit der Vergütung der Druckkosten abgewechselt werde unter den Mitgliedern der Kirchengemeinde. Steuerkommissar Widmann befragt dies.

R. A. v. Dardor beantragt, da hier kein Kirchenblatt herausgegeben wird, die Veröffentlichung der kirchlichen Bekanntmachungen auch in der "Volkstimme". Es sei bei den letzten Wahlen vorgenommen, daß eine Reihe von Personen, die nur die "Volkstimme" lesen, nicht in der Lage gewesen wären, zu prüfen, ob sie in der Wahllokale händen und infolgedessen um ihr Wahlrecht kamen. Nach der Auffassung der Volkstümlichen Vereinigung könne es nicht darauf ankommen, welcher Zeitung ein Blatt angehöre. Es könne nur darauf ankommen, daß jeder Wahlberechtigte Gelegenheit erhalte, von den Bekanntmachungen Kenntnis zu nehmen. Deshalb solle die Verbindung auf dem Standpunkt, daß die Bekanntmachungen auch in der "Volkstimme" erscheinen sollten. Stadtpfarrer Dr. Hoff: Wir werden auch können den Vorschlag ohne weiteres zustimmen, wenn die "Volkstimme" ebenso wie die anderen drei Zeitungen unsere Kirchenangelegenheiten aufnimmt. Solange sie sich weigert, das zu tun, haben wir kein Recht und nicht die Pflicht, ihr die Bekanntmachungen zu geben. (Hö. richtig.) R. A. v. Dardor: Es wäre sehr angebracht, wenn die "Volkstimme" sich diesem Wunsch fügen würde. Aber ich glaube nicht, daß man davon die Veröffentlichung der Bekanntmachungen abhängig machen kann. (Zuruf: Doch!) Es kommt darauf an, daß man möglichst jedermann die erforderliche Kenntnis von der Wahl verschafft. Am zweckmäßigsten wäre die Zusammenfassung von Postkarten bei den politischen Wahlen. Aber wenn wir das nicht tun, haben wir kein Recht, zu sagen: Weil wir uns die Kirchenangelegenheiten nicht ansehen, geben wir Euch die Bekanntmachungen nicht. Herr Raupp wünscht Auskunft über die Normierung der Gehälter der Kirchendiener. Steuerkommissar Widmann stellt fest, daß ein Gehaltsstufen nicht aufgestellt ist. Pensionberechtigt sind diejenigen Kirchendiener, die bei ihrem Austritt nicht das 40. Lebensjahr überschritten haben. Der Wenzel der Pension tritt nach zehnjähriger Dienstzeit ein. Der Gehalt der Volkstümlichen Vereinigung beträgt 1200 A. Gehalt und 300 A. für den Kirchendiener für zu wenig. Dem Kirchendiener der Johannistirche, der 1200 A. Gehalt bezieht, habe man die 100 A. die für den Wohnungswechsel bewilligt wurden, wieder genommen, weil er nicht in die Nähe der Kirche gezogen sei. Das ist nicht richtig. Man sollte ein Anfangsgehalt von 1500 A. mit einer gewissen Steigerung und Höchstgrenze festlegen. Oberinspektor Welker stellt fest, daß dem Kirchendiener der Johannistirche 100 A. mehr bewilligt worden sind, damit er in der Nähe der Kirche wohnen sollte. Der Kirchengemeinderat habe dann dem Mann die 100 A. wieder entzogen, weil er die Wohnung nicht gewechselt, also die Bedingung, unter der die 100 A. gegeben wurden, nicht erfüllt habe. Jeder Kirchendiener habe nicht gleichviel zu tun. Der Kirchendiener der Johannistirche habe viel Zeit für sein Handwerk übrig. Er verleihe die Kirchenbücher gelegentlich nur im Nebenamt. Wie die Verhältnisse jetzt geordnet seien, sei es am zweckmäßigsten. Stadtpfarrer Sauerbrunn bemerkt, der Kirchendiener habe ihm gesagt, es sei jemand bei ihm gewesen und habe ihn wegen der Gehaltsverhältnisse gefragt. Der Kirchendiener sei durchaus mit seinem Gehalt zufrieden. Herr Welker konstatiert, daß er derjenige war, der beim Kirchendiener um Auskunft gebeten habe. Er sei von dritter Seite auf die Angelegenheit aufmerksam gemacht worden. Dem Kirchendiener seien auch noch die 120 A. für die Pensionen des Konfirmandenalters entzogen worden. Der Kirchendiener wolle mindestens einen Wohnungsgeldzuschuß von 300 A. haben. Steuerkommissar Widmann stellt fest, daß beim Abzug der 100 A. das Gehalt wesentlich erhöht wurde. Außerdem bekommt der Kirchendiener 120 A. für das Ausleihen der Turnhalle. Herr Raupp (Nebenbei) bemerkt ebenfalls, daß der Kirchendiener der Johannistirche zufrieden ist. Als er das Amt bekommen habe, sei er sehr froh dem gewesen.

R. A. v. Dardor stellt den Antrag, 300 A. für Volksmiete in den Vorantrag einzuschließen. Sein Antrag bewirke die Verschaffung eines anderen Votals für die Kirchengemeinderatsversammlungen, da die Konfirmanden mit ihrer schlechten Anstalt nicht geeignet sei. Kirchengemeinderat Raupp weist darauf hin, daß nach der Festlegung der Konfirmanden genügend Räume in den Konfirmandenhäusern vorhanden sind. Sie sollten man es beim Alten lassen. Stadtpfarrer von Schöpffer gibt zu, daß die Anstalt außerordentlich schlecht ist. Es wäre deshalb nur zu begrüßen, wenn die Tagung in einem anderen Räume stattfinden könnte. Redner schlägt den Konfirmandenalters in G 4, 17 1/2 vor, der 200 Personen fass. Dort könne die Versammlung bis zur Fertigstellung der Konfirmandenalters tagen. R. A. v. Dardor erklärt sich mit dem Konfirmandenalters in G einverstanden. Herr Raupp bittet um möglichst schnelle Verlegung der Versammlung. Der kleine Saal im Gemeindefhaus sei auch geeignet. Die gärtnerischen Anlagen auf der Nordseite der Lutherstraße sollen beiseite werden. Herr Raupp bittet um Bestätigung und Eintragung der Anlagen. Stadtpfarrer Wehbeimer gibt die Gründe für die Beilegung der Anlagen bekannt. Einmal gebe es nichts auf der Nordseite und dann dient die Anlage Kindern und Hundes als Lummelplatz. Es wird deshalb beantragt, den ganzen Platz mit Kies zu bedecken und mit einigen Bäumen zu bepflanzen. Stadtpfarrer Sauerbrunn weist darauf hin, daß der Platz von der Johannistirche in seinem jetzigen Zustand auch einen "Stein des Ansehens" bildet. Er wird ebenfalls täglich belagert von Kindern und Hundes. Die kleinen geschlossenen Säulen des Vorplatzes sind schon an mehreren Stellen verrotzt. Die Stadt habe schon ein höheres Gelände zur Widmung des Platzes in Arbeit gegeben. Am besten wäre es freilich, wenn der Platz vor dem Hauptportal ganz geschlossen würde. Dann hätte der Platz seinen Frieden. Es sei mir wirklich not, daß etwas geschieht, damit die Schönheit des Platzes auf seine Geltung komme. Stefan Simon: Die Angelegenheit wird durch den Kirchengemeinderat zu behandeln sein. Bürgermeister v. Holländer stellt die letzte Anlage auf dem Platz vor der Kirche für vor. Der Vorschlag des Stadtpfarrers Sauerbrunn sei

empfehlenswert. Stadtpfarrer Weizen bemerkt, daß die Anlage an der Lutherstraße der Pflege eines Gärtners übergeben wird.

Kaufmann Febr. Bender plädiert für eine reichere Ausstattung des Gartens der Konfirmandenkirche. Die Frage werde allerdings nur in Zusammenhang mit dem von der Stadt beschlossenen Umbau des Konfirmandenhäuser erledigt werden können. Er würde es sich weitest halten, wenn man der Frage näher treten würde, ob es nicht möglich sei, den Platz, auf dem das Schulhaus stehe, und der der Kirchengemeinde gehöre, von der Stadt zurückzubehalten gegen Bezahlung einer gewissen Summe. Auf dem Platz könne dann das dringend notwendige Verwaltungsgelände errichtet werden. Eine Zentralisation der Verwaltung sei wirklich notwendig. Die beiden Konfirmandenhäuser der Konfirmandenkirche könnten ebenfalls in dem Gebäude untergebracht werden. Er habe die Überzeugung, daß man bei diesem Willen einen richtigen Weg zur Lösung dieser Aufgabe finden werde. Er schlage vor, eine Kommission zu ernennen, die diese Frage gründlich prüft. (Beifall.) Stefan Simon unterbricht den Vorschlag. Der Kirchengemeinderat werde dem Gedanken näher treten. Bürgermeister v. Holländer bemerkt, als Mitglied der evangelischen Gemeinde könne er den Ausführungen des Herrn Bender zustimmen. Als Vertreter der Kirchengemeinde aber müsse er einige Bedenken äußern. Die Frage sei nicht so leicht durchzuführen. Die Kirchengemeinde habe für die nötigen Schulhäuser zu sorgen. Von Seiten der Schulverwaltung werde Gewicht daraufgelegt, daß wenn das Konfirmandenhäuser ein anderes Schulhaus innerhalb des Ringes errichtet wird, man habe einen Platz dafür. (Zuruf: Landesgeräusch.) Ist vorläufig nicht zu haben. (Zuruf: Landesgeräusch.) Ein gewisses Recht auf den Platz hätte die städtische Schulverwaltung erworben. Leicht würden die Verhandlungen nicht zu führen sein. Stefan Simon: Wenn der Stadtrat wollte, wäre die Lösung garr nicht so schwer. Stadtpfarrer Dr. Hoff bittet Landgerichtsdirektor Benger um Auskunft über die Rechtslage. Landgerichtsdirektor Benger: Es besteht ein dingliches Recht auf Benutzung des Gebäudes als Schulgebäude. Das Schulbedürfnis mochte. Nur wenn der Stadt etwas gleichartiges geboten werden kann, werde die Kirchengemeinde auf Vorschläge eingehen. Die Opfer, die die Kirchengemeinde bringen müßte, würden sehr groß sein. Die Kirchengemeinde werde jedenfalls ein Schulhaus auf dem Platz wieder errichten dürfen, aber nur eins, das von der Kirchengemeinde genehmigt sei. Stadtpfarrer von Schöpffer stellt fest, daß die morgige Sitzung über den Schulhausneubau zu beraten haben wird. Er möchte deshalb darum bitten, daß die Kirchengemeinderatsversammlung einmütig sich den Anregungen Benders anschließe. Der Kirchengemeinderat werde dann die Sache weiter verfolgen. Herr Raupp stellt dem Gedanken ebenfalls impositiv gegenüber, daß seine Vereinigung unter allen Umständen der Ausführung des Projekts zustimmen könne, bange von der Höhe der Summe ab. Konfirmandenalters und Kinderhelfer seien wichtiger als der Bau des Verwaltungsgeländes. Stefan Simon weist darauf hin, daß Kinderhelfer und Konfirmandenalters mit Gemeindefmitteln nicht ansatzbar seien, weil es die Belegung nicht zulasse. Herr Raupp meint, dann solle vorerst einmal kein Antrag auf Veränderung der Kirchenverfassung erachtet werden. Bürgermeister v. Holländer stellt fest, daß er bereits auf der letzten Generalversammlung die Anregung gegeben, daß Kirchenverfassung dahin abzuändern, daß für die Kinderhelfer Mittel aus der Ortspflanzenerwerb verwendet werden dürfen. Der Ortspflanzenerwerb habe schon Veranlassung, daß mit dieser Frage zu beschäftigen. Er glaube auch, daß der Ortspflanzenerwerb nicht garrlich abgeneigt sein werde, dem Antrag zuzustimmen, weil nicht unerschwingliche Mittel notwendig seien. Der Antrag des Stadtpfarrers v. Schöpffer wird hierauf mit allen gegen die Stimme des Stadtrats Groß genehmigt.

Ein Mitglied des Kollegiums regt die Beteiligung der Vikariate vor der Trinitatiskirche an. Wenn der Kirchenbesucher aus der Kirche trete, grüßen ihm alle möglichen Kräfte von der Vikariate entgegen. Mein Vorschlag würde sich ein solches Monument vor seine Tür hellen lassen. Eine längere Debatte rufe noch ein von einem Mitglied der Volkstümlichen Vereinigung gestellter Antrag auf Bewilligung eines Zuschusses von 500 A. für das Volksbureau des Evangelischen Arbeitervereins hervor. Auf Antrag des Bürgermeisters von Holländer wird schließlich beschlossen, die Anregung dem Kirchengemeinderat zur weiteren Verfolgung zu übergeben.

Das Pädagogium Obere Privatschule, verbunden mit Pensionat, vergrößerte seine Schularbeit. Ebenso wurde der Lehrkörper bedeutend vermehrt. Er setzt sich zusammen aus nur fünf, gepr. bezw. akad. gebildeten Kräften. Es wurden Neuanstellungen für den naturwissenschaftlichen und physikalischen Unterricht gemacht etc. Wie überhaupt der Unterricht durch eine langjährige Praxis und seine vorzügliche Einrichtung gute Erfolge erzielte. Das Pädagogium soll eine Privatschule sein und kann von einer individuellen Behandlung nur dann eine Rede sein, wenn die Schülerzahl eine beschränkte bleibt. Besonders weisen wir auf die Monatsfeste hin, die bei möglichem Honorar täglich für zugewandene Schüler zwecks Nachhilfe und Vorbereitung abgehalten werden. Im letzten Semester wurden mit diesen Monatsfesten sehr gute Erfolge erzielt. Auch der Unterricht für die Vorbereitungen auf die Examina höherer Klassen etc. war ein außerordentlich befriedigender. Die Abendkurse für die Vorbereitung zum Ein-, Zwei-, etc. Examina für Sprachen und Handelswissenschaft fanden ebenfalls großen Anklang. Die Direktion ist gerne zu jeder weiteren Auskunft in seinen Sprechstunden bereit. Prospekte und Referenzen franco.

Die Finsternis und der Halle'sche Komet. In der gestrigen Sitzung wurde uns auf unsere Anfrage von der Heidelberger Sternwarte mitgeteilt, daß die gestrige außergewöhnliche Naturerscheinung in gar keinem Zusammenhang mit dem Halle'schen Kometen stehe. Die Finsternis sei vielmehr demnach zurückzuführen, daß sich anlässlich des Westens besonders viele Wolken bildeten. Es waren vier Böen, die hintereinander am Firmament heraufzogen und die infolge ihrer großen Dichte kein Licht durchließen. Von irgend einem Zusammenhang der Finsternis mit dem Halle'schen Kometen, wie im ersten Moment vielfach angenommen wurde, kann absolut keine Rede sein. Der Komet steht an seinem richtigen Ort. Aus Berlin wird über den Halle'schen Kometen gemeldet: Das Interesse an dem Kometen ist gegenwärtig aufs höchste gestiegen, fast täglich werden in Berlin Vorträge über ihn gehalten, stets vor ausverkauften Säulern. Am gestrigen Abend z. B. sprachen zu gleicher Zeit in der Urania Prof. Schwahn und in der Philharmonie Dr. Verchold über den Kometen. In der Philharmonie war auch der letzte Elekplay verkauft, und viele bemühten sich vergeblich, etwas von den Lichtbildern zu sehen oder den Redner zu verstehen. In seinem Lichtbildervortrag über den Halle'schen Kometen gab Dr. Arsenhold auch einige praktische Winke über die Kometenbeobachtung. Wo wird er zu sehen sein? Etwa zwischen den Sternbildern des Widders und der Fische. Die günstigste Beobachtungszeit ist bis zum 19. Mai in den Frühstunden von 2 1/2 bis 4 Uhr. Nach dem 19. Mai wird er bequemer zu sehen sein; nämlich in den Abendstunden nach Sonnenuntergang. Dr. Arsenhold weist ferner nun darauf hin, daß heutzutage, wo wir die Bahn des Halle'schen Kometen genau betrachten können, dieser alles Nützliche für uns verloren haben sollte, und wandte sich wiederholt gegen die grundlosen Befürchtungen, die an manchen Stellen noch immer laut werden. Eine andere Kadettin aus der Berliner Sternwarte sagt: Nach einer Beobachtung von Dr. Courboisier auf der königlichen Sternwarte am 7. Mai stimmte der Ort des Kometen mit der Voransberechnung noch sehr gut überein, so daß eine kurzlich aufgelaufene Kadettin, der Komet habe infolge seiner Annäherung an den Planeten Venus am 2. Mai starke Störungen in seiner Bahnbewegung erlitten, unzutreffend ist. Die daran geknüpften Schlüsse über den Durchgang der Erde durch den Schweif des "Hollen" sind damit ebenfalls hinfällig; der Vorgang wird wohl so stattfinden, wie es von Anfang an durch die Astronomen vorausgesagt worden ist.

Jirfus Schumann. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß der bekannte Jirfus Schumann seine Vorträge am Samstag, den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr beginnt.

Der Bund Deutscher Verkehrs-Berliner hält in unmittelbarer Folge auf die Pfingstfeiertage, vom 17. bis 19. ds. Mts. in Frankfurt seine Generalversammlung ab, an welche sich ein Besuch der Stadt Gießen sowie des Harzes anschließt. Das interessante Programm des allgemeinen Interesses haben

darf, liegt im Verkehrsamt (Rathaus Bogen 47-48) auf, wo selbst auch Anmeldungen entgegengenommen werden.

Bei dem Wettbewerb um die Erlangung von Entwürfen zum Rathausneubau in Heidelberg wurde auch ein Kind unserer Stadt, Herr Architekt Paul Schuster, Sohn des Herrn Baumwärters Schuster hier, mit einer Auszeichnung bedacht. Herr Schuster ist seit einer Reihe von Jahren in Freiburg i. Br. anständig und dort als tüchtiger Architekt sehr geschätzt.

Erster süddeutscher Buchdruckerkongress Mannheim. Wie bereits bekannt, findet an Pfingsten der erste süddeutsche Buchdruckerkongress in Mannheim statt. Die Festlichkeiten beginnen am Samstag, den 11. Mai mit einem Kommerz in der 'Centralhalle'. Am Sonntag, den 12. Mai (Pfingsten), nachmittags 3 Uhr, nimmt das große Festspektakel im Rabelungsaal des Hofgartens seinen Anfang. Abends 8 Uhr wird im gleichen Saale ein Festspektakel abgehalten. Für Pfingstmontag ist außer einer Kutsch- und Redarfahrt eine Besichtigung der Lebenswirklichkeiten der Stadt vorgesehen. Ein in unserer Offizin, der Dr. Goos'schen Buchdruckerei, in handlicher Form und leibermem Druck, und geschmackvoller Ausführung hergestelltes Festspektakel enthält die Vortragsordnung sowie den Text der Vieder zu dem Festkongress und den Festlichkeiten. Außerdem befindet sich in dem Festspektakel ein Abdruck aus Mannheims Geschichte sowie ein kurzer Rundgang durch Mannheim mit abgelegenen Illustrationen. Von den mitwirkenden Vereinen sind zu erwähnen: Frankfurt a. M. (zwei Vereine), Freiburg, Gießen, Heidelberg, Heilbronn, Kallerslautern, Karlsruhe, Ludwigsbafen, Mainz, Mannheim, Offenbach, Plarzhelm, Pirmasens, Saarbrücken, Straßburg, Stuttgart (zwei Vereine), Wiesbaden und Würzburg. Deputationen entsenden die Städte Baden-Baden, Cannstatt, Karlsruhe, Speyer und Trier. Die zum Vortrag gelangenden Götter und Vieder stellen a. Z. sehr große Anforderungen an Dirigent und Sänger, jedoch man mit berechtigtem Interesse dem Buchdruckerkongress entgegenzusehen kann.

Riederwaldfahrt. Dessenfalls ist der für Pfingstsonntag vorgesehenen Riederwaldfahrt des Röll'schen Bäderbaues 'Rantheimia' besseres Wetter beschieden, als dies die letzten Tage der Pass war. Die 'Rantheimia' wird morgens 1/2 Uhr an der Rheinbrücke abfahren, etwa 10 Uhr in Müdesheim eintreffen und daselbst präzis 1/4 Uhr für die Heimfahrt wieder die Anker lichten. Auf der Rückfahrt wird ca. 6 Uhr in Mainz angelegt, um Gelegenheit zu geben, von da ab die Eisenbahn zu benutzen. Wer mit dem Dampfer nach Mannheim zurückfährt, wird ungefähr 11 Uhr nachts hier eintreffen. Der Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt beträgt M. 3.50 (Vorverkauf siehe Inserat). Zum Preise von M. 2.50 wird auch eine Fahrkarte für die einfache Fahrt nach Müdesheim oder zurück verabfolgt, jedoch also Zutreffenden den zweiten Pfingstsonntag nach am Rhein verbringen können. Kinder bis zu 10 Jahren zahlen halbe Preise.

Rechtsanwalt Dr. Abraham Staabeder f. Wieder hat ein allgemein geschätzter und beliebter Mitbürger das Zeitliche gesegnet. Heute Mittag ist nach nur zwoitägigem Krankenlager Herr Rechtsanwalt Dr. Abraham Staabeder im 64. Lebensjahr an Herzschwäche verstorben. Der Verbliebene, in Wehringen bei Osterburken geboren, durfte unsere Stadt als seine zweite Heimat betrachten. Ist er doch schon seit dem Jahre 1875 als Rechtsanwalt hier tätig. Sein gewinnendes, liebenswürdiges Wesen erwarb ihm bald einen großen Bekanntheit- und Freundeskreis, sein reiches Wissen, sein Scharfsinn und sein Fleiß bald eine umfangreiche Praxis, seine treue Anhänglichkeit an den Glauben seiner Väter vor nahezu zwei Jahrzehnten die Ehrenstelle eines Synagogenvorstandes. Seit dem Tode des Stadtrats Strohheim war er Vorsitzender der Vertretung der hiesigen israelitischen Gemeinde. Daß den Verbliebenen ein sehr wohlthätiger Sinn ansgewandert, ist nur dem engeren Freundeskreis bekannt geworden, denn er gehörte zu denjenigen, die im Stillen gutestun. Seit dem Tode Strohheims sah er auch im Oberamt der Israeliten. Sein karger Rat wird sehr von verschiedenen industriellen Unternehmungen vermisst werden. So war der Verbliebene Vorsitzender des Aufsichtsrats der Eisen- und Bronze-gießerei vormals Carl Blin. An der Bahre des so schnell abberufenen Mitbürgers trauert außer der tiefgebeugten Witwe und dem 33 Jahre alten Schwiegervater ein Sohn, der Nachfolger im Beruf und eine mit Herrn Bankier Goldschmidt vermählte Tochter. Möge dem Dahingegangenen, dem weite Kreise ein dauerndes Andenken bewahren werden, die Erde leicht sein.

Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich heute bei dem starken Verkehr um die Mittagsstunde jenseits der Redarbrücke. Ein Arbeiter wollte mit seinem Rade von der Dammstraße her an der Mündung der Straße am Neßplatz nach rechts an der von Waldhof kommenden Elektrischen vorbeifahren, wurde aber von dem Wagen erfasst und überfahren. In demütigen Zustand wurde er von den Schienen aufgehoben und ins Allgemeine Krankenhaus gebracht, wo ein Schädelbruch festgestellt wurde. An dem Aufkommen des Mannes wird gezweifelt, da die Verletzungen sehr schwerer Natur sind. Die Personalien des Mannes sind noch nicht ermittelt.

Aus dem Großherzogtum.

oc. Karlsruhe, 10. Mai. Wegen Kerosinität begastete sich gestern hier ein 25 Jahre altes Dienstmädchen aus Nittlingen mit Oshol. — Die Witalieder des f. Bl. in Liquidation getretenen Konsumvereins waren aufgeführt worden, nachzukommen von 10-30 zu leisten. Das Kreisrichter Landgericht bestreitet diese Verpflichtung und das Reichsgericht als Revisioninstanz bestreitet nunmehr die Entscheidung des hiesigen Landgerichts.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Freiburg i. Br., 10. Mai. Eine Hebelfeier in Freiburg. Mehr als 4000 Personen hatten sich heute abend in der städtischen Kunst- und Festhalle zu dem vom Zweigverein Freiburg des Vereins Babilische Heimat, Zweigverein Freiburg des Allgemeinen deutschen Sprachvereins, dem Männergesangsverein Concordia, dem Freiburger Männergesangsverein, den beiden Oberwollhulen und der höheren Mädchenschule aus Anlaß der 150. Wiederkehr des Ghrstistages unseres großen alemannischen Dichters Johann Peter Hebel veranstalteten Hebelfeier eingefunden. Als Redner war Herr Direktor E. Keller, Frankfurt a. M., ein Hebelkenner, gewonnen worden. Neben vierem Hebelfeier Male wurden die Besucher durch die Vorführung der Novellen: 'Der Sommerabend' und 'Der Schmehofen' eifreut. Schülerinnen der höheren Mädchenschule verkörperten Hebel'sche Gestalten (s. B. Karlweiber), Schüler trugen Gedichte vor, worauf die Feier mit einem Hymnus auf die deutsche Sprache und des deutsche Wort würdevoll geschlossen wurde.

Bei den Vorkonferenzen zur Besandung des Gallischen Kommeters sollen die Hauptmann a. D. Hildebrandt in der Spigaher, mittelst, auf Veranlassung des Präsidenten der internationalen Kommission für wissenschaftliche Luftschiffahrt Prof. Dr. Henschel namentlich auf Luftproben den höheren Schichten der Atmosphäre einzuwirken werden. In diesem Zweck sind durch den französischen Meteorologen Tessier de Vort besondere Ap-

parate erdacht und im Laufe der letzten drei Jahre praktisch erprobt worden. Ein etwa 1 Liter fassendes, in zwei Spitzen verlaufendes Glasgefäß wird luftleer gemacht und zugeschmolzen. Das eine Ende läuft aus in einer 15 Meter langen Spitze von ca. 1 Rmt., Durchmesser. Diese Spitze ist leicht konisch und an ihrer Basis von einem zwei Zehntel Rmt. dicken Platinreifen umspannt, der mit 2 kleinen Scheiben, die rechts und links von der Spitze sich befinden, verbunden ist. Der Reifen geht 2 mal um das Glas. — Die beiden Spiralen sind unbeweglich, die freien Enden des Platindrahtes sind in den Nennern eines Akkumulators befestigt. In der Höhe, in welcher man die Luft entnehmen will, schließt man die äußerste Spitze ab, oder wenn es sich um einen Registrierballon handelt, wird sie automatisch bei einem bestimmten, vorher festgestellten Barometerstand abgeseht. 3 Minuten läßt man die Luft in das Gefäß einströmen, als dann wird der elektrische Stromkreis, in den der Platindraht eingeschaltet ist, geschlossen, und dieser Draht zum Glühen gebracht. Hierdurch schmilzt das Glas und die haarfeine Spitze schließt sich von selbst. Eine luftdicht verschlossene Probe der Luft befindet sich in dem Glasgefäß. Um diese Luft wieder herausnehmen und im Laboratorium untersuchen zu können, legt man an dem anderen Endpunkt der Röhre ein Kautschukrohr fest an und entleert dieses zunächst durch die Luftpumpe. Alsdann erschließt man die kleine Glasblase. Dies muß recht schnell geschehen, damit die Luftpumpe mit dem Kautschukrohr nicht zu lange in Verbindung steht. Da die Registrierballons schon Höhen bis zu 30000 Mtr. erreicht haben, so wird man Kautschuk erhalten, ob in die höheren, sehr dünnen Schichten unserer Atmosphäre etwas von den Gasen des Kometenstreiches gedrungen ist.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Der Sturm. \* Wiesbaden, 12. Mai. Am Neubau der Infanterie-Kaserne in der Scherzweier-Straße stürzte gestern nachmittags infolge des starken Sturmes die 10 Meter hohe, aus schweren Sandsteinblöcken bestehende Giebelwand des dreistöckigen Kasernegebäudes in die Tiefe und durchschlug einen Teil der Vorderfront der obersten Etage mitreißend, das starke Gefälle zweier Decken und die Betondecke des Erdgeschosses vollständig. Verletzt wurde niemand, da die Arbeiter zur Zeit des Einsturzes Versperzt hielen.

Professor Dr. Sieber. \* Stuttgart, 12. Mai. Der Staatsanzeiger veröffentlicht die Ernennung des Prof. von Sieber an Karl-Gymnasium in Stuttgart zum Vorsitzenden des evangel. Oberlehrerats mit dem Titel und Rang eines Regierungsdirektors.

Berliner Drahtbericht.

(Von unserem Berliner Bureau.) \* Berlin, 12. Mai. Unter dem Verdacht, sich an schuldhaften Knaben vergangen zu haben, ist in Spandau ein Offizier der Infanterie-Schischule, Oberleutnant v. B. verhaftet worden. Nach seiner Festnahme wurde er zuerst zur Beobachtung seines Geisteszustandes ins Garnisonslazarett gebracht.

Der Kampf im Baugewerbe. \* Berlin, 12. Mai. Vom Dresdener Oberbürgermeister Dr. Beutler sind Verhandlungen mit den Bauarbeitgebern und den Arbeiterorganisationen behufs Herbeiführung einer Einigung in ganz Deutschland angebahnt worden. Am Samstag, 11. Mai, werden in Dresden Vertreter der Zentralverbände aller beteiligten Bauarbeiter und des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters von Dresden in Verhandlungen eintreten. Die Einigungsvorschläge sollen von beiden Seiten mit Sympathie aufgenommen worden sein.

Zum Fall Ostreicher. \* Berlin, 12. Mai. Aus Breslau wird gemeldet: Der in Wien anständig Chemiker Szibart aus Obyeln, der angegeben hat, er habe Hofrichter im Juli 1909 auf einer Reise nach Wien kennen gelernt und ihm Chantale verabfolgt, kommt aus Pilsen in oberböhmisches Kreis Tarnowitz unweit der russischen Grenze und heißt Julius Erba. Er war bei der Oberschlesischen Knappschaf beschäftigt, hatte dort Unterschlagungen verübt und wurde dafür vom Rottowitzer Schöffengericht mit 2 Monaten Gefängnis bestraft. Seine Angaben über die mit Hofrichter gemachte Bekanntschaft sind anscheinend erunden.

Roosevelt in Berlin.

\* Berlin, 12. Mai. Um 1/2 12 Uhr begannen die Feierlichkeiten zu Ehren Roosevelts in der Aula. Zu Seiten des Ratheders nahm der Senat und der Lehrkörper der Universität Platz, davor die geladenen Gäste, sowie die Studentenschaft. Unter den Gästen befand sich der Reichskanzler, der Kultusminister, der amerikanische Botschafter Hill, die Witwe des Botschafters Freiherrn von Spee zu Sternburg, Reichstagspräsident Graf Schneringer-Böwis, Oberbürgermeister Richter und andere. Während des Befanges des Akademischen Gesangschores 'Deil Columbia, glückliche Land', wurde Roosevelt von dem ältesten Dekan eingeführt, worauf er bei den Professoren Platz nahm. Gegen Schluß der Hymne betreten, geführt von dem Rektor Geheimrat Schmidt, der den Purpurmantel und Degen trug, das Kaiserpaar und sonstige Fürslichkeiten die Aula. Nach einer Begrüßung der kaiserlichen Gäste und Roosevelts, des großen Staatsmannes, den der Kaiser gestern einen ausgezeichneten Amerikaner und seinen Freund nannte, der auf seinem Triumphzug durch Europa hier angehalten habe, um den Katheder zu bestigen, trat Roosevelt vor und hielt vom Katheder nach einer Vereignung vor dem Kaiserpaar und den Professoren seine Rede über die Weltkultur-Bewegung. Er sprach im wesentlichen frei mit ein wenig belegter Stimme in englischer Sprache. Sein Vortrag wurde mehrfach von Beifall und Beiterkeit unterbrochen. Seine Sprechweise war langsam, deutlich und sehr pointiert mit lebhaften Gesten, stürmischer Beifall, trampeln und Sändelstischen belohnte Roosevelt. Dann hielt der Dekan der philosophischen Fakultät eine Ansprache an Roosevelt von Humor getragen. Die Fakultät ehre Roosevelt in geschichtlichen und wissenschaftlichen Sinne. Er sei Demokrat von reinem Wasser und doch haben seine leuchtenden Augen gezeigt, daß er untern Kaiser liebe und verehere. Von allem ehre die Fakultät in Roosevelt den Willen zur Wahrheit, den der Doktoreid betonte. In lateinischer Sprache

folgte dann durch den Dekan die Promotion Roosevelts zum Doktor hon. caus. Der Rektor brachte ein dreifaches Hoch auf die Majestäten aus. Nach Absingen der Nationalhymne trug der Chor das 'Star Spangled Banner' vor. Die Ovation für die Majestäten und Roosevelts setzten sich auf der Straße fort.

\* Berlin, 12. Mai. Staatssekretär Freiherr von Schoen gab heute ein Frühstück im kleinen Kreise, zu welchem Roosevelts und der amerikanische Botschafter geladen waren.

Theodor Roosevelt über die Weltkultur-Bewegung.

\* Berlin, 12. Mai.

In der Aula der Berliner Universität sprach heute mittag Theodor Roosevelt vor einer glänzenden Hörerschaft über die 'Weltkultur-Bewegung'. (The World Movement.)

Zu seinen Einleitungsworten gedachte Roosevelt des bevorstehenden Jubiläums der Universität Berlin und der eigenartigen Gefühle eines Mannes, der von einer noch im Werden begriffenen Nation in ein Land mit unworrendlicher Vergangenheit kommt, zumal wenn dieses Land mit seiner alten Geschichte dennoch voll stolzen Vertrauens in die Zukunft blickt und in der Gegenwart all die überschäumende Kraft froher Jugend zeigt, wie das mit Deutschland der Fall ist.

Roosevelt warf sodann einen flüchtigen Blick auf die wechselvolle äußere Geschichte des Jahrtausends, das vergangen ist, seit das römische Westreich tatsächlich ein deutsches Kaiserreich wurde, bis das große Gaus der Hohenstolern emporstieg, das endlich Deutschland in die vorderste Front der Völker der Menschheit einrückte sah. In dieses Land einer ruhmvollen Vergangenheit und glänzenden Gegenwart, in dieses Land großer Erinnerungen und starker Hoffnungen komme ich als Angehöriger eines jungen Volkes, das mit jeder der großen Nationen des mittleren und westlichen Europas blutsverwandt und doch wieder von jeder verschieden ist, welches von jeder viel ererbt oder erworben hat, aber doch jede Erbschaft und jede Erwerbung in etwas Neues und Fremdes verändert und entwickelt. Der deutsche Anteil an unserem Blut ist groß, und ich selbst führe meine Abstammung auf jenen Zweig der Niederdeutschen zurück, welcher Holland aus der Nordsee empor gehoben hat. Und noch mehr, wir haben von ihnen nicht nur einen großen Teil des Blutes, das durch unsere Adern rinnt, entnommen, sondern auch einen großen Teil der Gedankenwelt, und dank der vorausschauenden Weisheit seiner Majestät des gegenwärtigen Kaisers ist das innige und freundschaftliche Verhältnis zwischen beiden Ländern jetzt in jeder Beziehung enger, als es je zuvor war.

Sodann ging der Redner auf sein eigentliches Thema die 'Weltkultur-Bewegung' über. Aus seinen Ausführungen ragen folgende Hauptgedanken hervor:

Eine der Hauptgefahren der Kultur ist stets ihre Tendenz gewesen, einen Verlust an männlichen Kampfeigenschaften an Kampflust herbeizuführen. Allmählich verweigerten die Krieger den Heeresdienst oder sie wurden untauglich zu richtigem Dienst. In unsern modernen Zeiten ist das gerade Gegenteil der Fall. Heute ist im wesentlichen jede Armee eine solche aus Kämpfern und der Soldat hat ganz verschwand, während die Armeen selbst weit härter sind als je zuvor.

Ein dritter harter Gegeßlag ist in den Beziehungen zwischen Reichthum und Politik zu finden. In den klassischen Zeiten, als sich die Kultur ihrem Höhepunkt näherte, wurde die Politik ein anerkanntes Mittel zur Erwerbung großer Reichthümer. Heute würde es hauptsächlich einen Weltkollaps geben, wenn einer das tun wollte, was ein römischer Praefectus als nötig betrachtet haben würde und was sogar in der englischen Kolonialverwaltung vor anderthalb Jahrhunderten nicht als ungewöhnlich gewöhnt haben würde. Im ganzen sind die großen Staatsmänner der letzten Generationen entweder Männer von geringen Mitteln oder, wenn sie reich waren, solche Männer gewesen, deren Reichthum durch ihre Teilnahme am öffentlichen Leben eher vermindert als vermehrt worden ist.

Sollen auch wir den Weg der alten Kultur gehen? Wir dürfen nicht sicher sein, daß die Antwort verneinend lauten wird, aber dessen können wir sicher sein, daß wir nicht untergehen werden, es sei denn, daß wir unser Ende verdienen. Ich persönlich glaube nicht, daß unsere Kultur untergehen wird. Ich glaube, daß wir im ganzen besser und nicht schlimmer geworden sind. Aber sicherlich werden sich die goldenen Traumträume der Zukunft nicht erfüllen, wenn wir sie nicht mit hochgenutem Herzen und mit harter Hand, durch unser eigenes tatkräftiges Handeln zur Erfüllung bringen. Wir bedürfen zuerst der hausbodenen, alltäglichen Tugenden. Wenn der Durchschnittsmann nicht arbeiten will, wenn er in sich nicht den Willen und die Kraft hat, ein guter Vater und guter Mutter zu sein, wenn die Durchschnittsfrau nicht eine gute Hausfrau ist, eine gute Mutter vieler gesunder Kinder, dann wird der Staat untergehen, gleichgültig wie glänzend seine künstlerische Entwicklung oder seine materielle Leistung ist. Dazu muß jene Organisationskraft hinzukommen, jene Fähigkeit, gemeinsam zu einem gemeinsamen Ziel hinzuarbeiten, welche das deutsche Volk im letzten halben Jahrhundert in so hervorragender Weise gezeigt hat. Aber die Nahrung des Geistes ist noch wichtiger, als die des Leibes. Unsere Dankeschuld an die Männer der Wissenschaft ist unerschöpflich.

Wir haben Philanthropie und Humanität eine solche Entwicklung wie heute gesehen. Ein ungerechter Krieg ist zu vermeiden; aber wehe der Nation, in welcher der Durchschnittsmann den Kampfesmut verliert, die Kraft, als Soldat zu dienen, wenn der Tag der Not herankommen sollte! Man kann von einer Kultur träumen, in welcher Moralität, ethische Entwidlung und ein aufrechter Sentimentalität und von den häßlichen und üblen Leidenschaften, die so oft die Beinerungen von sentimentaler Verehrung der Menschenrechte begleiten, einer Kultur, die eine hohe materielle Entwicklung erzielt ohne Unterordnung des Geistigen und Seli-schen, aufständiges Verlangen nach Frieden und Gerechtigkeit ohne Verlust jener männlichen Eigenschaften, ohne welche keine Friedensliebe oder Gerechtigkeits einer Nation etwas nützt, die vollste Entwicklung wissenschaftlicher Forschung ohne den Wahn, daß Intelligenz je den Charakter erheben könne — denn vom Standpunkt der Nation sowohl wie des Individuums ist Charakter das eine vitale Wesenheit.

Schließlich sollte diese Kulturbewegung, deren Fußschatz steht in jedem Winkel der Erde gefühlt wird, die Völker der Erde zusammenbringen. Aber der gute Bürger muß zuerst ein guter Bürger seines Landes sein, ehe er mit Vortell ein Bürger der ganzen Welt werden kann. Ich wünsche Ihnen Glück, ich glaube an Sie und Ihre Zukunft. Ich bewundere die außerordentliche Größe und Mannigfaltigkeit Ihrer Errungenschaften auf so weiten und so vielen Gebieten; und meine Bewunderung und meine Anteilnahme sind am so größer, weil ich so fest an die Einrichtungen und an das Bestmeins eigenen Vaterlandes glaube. W. T. B.

Volkswirtschaft.

Ludwigsbäcker Walzmühle, Ludwigsbäcker a. Rh.

Für die eine Million Aktien Nr. 2001 bis 2000 der Gesellschaft...

Mannheimer Produktenbörse. Die Stimmung am hiesigen Getreidemarkt ist unter dem Druck des reichlichen...

Vom Ausland werden angeboten die Tonne, gegen Kassa, ein Rotterdam: Weizen Sapota-Babo-Blanca oder Parletta...

Roggen russischer 9 Rub 10-15 per Mai-Juni 111-112...

Gerste russische 59-60 Rg. per Mai-Juni R. 100-101...

Mais Sapota gelb rote terms schwimmend R. 119 bis 120...

Kapitalerhöhung. Die Pfänder-Gesellschaft Gummitaren...

Die All.-Ges. für Luftschiffverwertung in Wiesbaden schlägt eine Namensänderung vor in Internationale...

Telegraphische Handelsberichte.

Oeffentlich-rechtliche Bergwerks-Gesellschaft.

Berlin, 12. Mai. Die Generalversammlung der Oeffentlich-rechtlichen Bergwerks-Gesellschaft...

Neues vom Dividendenmarkt.

25. 12. Mai. Die Generalversammlung der Chemischen Fabrik vorm. Welter & Co. in Herdingen beschloß die Verteilung...

Neues Holzwerk.

Eisen, 12. Mai. Die Hyspen-Gesellschaft Draht für Kaiser erstattet bei Schöwigern ein neues Holzwerk.

Aus Amerika.

New York, 12. Mai. Nach dem Journal of Commerce ist die Tendenz für jetzige Stahlprodukte etwas besser.

Zahlungseinstellung der Schuhfabrik Jourdan in Mainz.

Mainz, 12. Mai. Die Passiven der in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Schuhfabrik Jourdan werden mit annähernd einer Million angegeben.

Kursblatt der Mannheimer Produktenbörse

nom 12. Mai.

Die Notierungen sind in Reichsmark, gegen Barzahlung per 100 Rg. bahntreue hier.

Table with columns for various commodities like Weizen, Roggen, Gerste, etc., and their prices in Reichsmark.

Tendenz: Weizen und Roggen niedriger, Braugerst gleichfalls niedriger, Hafer und Mais ruhig.

Mannheim, 12. Mai. Zeitungs-Nr. 34. - 32.

Mannheimer Effektenbörse.

Som 12. Mai. (Offizieller Bericht.)

Die Börse war sehr fest, besonders für Industrie-Aktien. Höher begehrt blieben: Verein chem. Fabriken zu 321 Proz., Dingler'sche Maschinenfabrik zu 115 Proz., Waggonfabrik Fuchs Aktien zu 203 Proz., Zuckerfabrik Frankenthal Aktien zu 395 Proz. und Zuckerfabrik Waghäusel Aktien zu 211 Proz.

Aktien.

Table of stock prices for various companies like Böhlfische Bank, Rhein. Hyp.-Bank, etc.

Chem. Industrie. Bad. Anilin- u. Soda-Fabrik 485.00, Chem. Fab. Goldschmied 228.00, etc.

Brauereien. Bad. Brauerei 78.00, Carl. Hof am Hagen 230.00, etc.

Transport u. Versicherung. R. u. G. Rhod. Seetr. 80.00, Mannh. Dampfschiff 59.00, etc.

Industrie. A. G. f. Zellulosefabrik 140.00, Dingler'sche Mchf. 115.00, etc.

Banken. Reichsbank 102.00, Reichsbank 102.00, etc.

Banken. Reichsbank 102.00, Reichsbank 102.00, etc.

Banken. Reichsbank 102.00, Reichsbank 102.00, etc.

Berliner Effektenbörse.

Privattelegramm des General-Anzeigers. Berlin, 12. Mai. (Fondsbörse.) Die Nähe der Feiertage machte sich heute stärker geltend.

Die Spekulation sowie das Privatpublikum nahmen Realisationen, vornehmlich in den in letzter Zeit bevorzugten Werten vor. Die Eröffnung der Börse gestaltete sich dadurch uneinheitlich. Die Grundstimmung blieb jedoch nach wie vor fest, obwohl Anregungen von den Auslandsbörsen nicht vorlagen...

In der zweiten Börsenstunde zogen Pennsylvania und Ottavi-Aktien an. Auch Warschau-Wiener befestigten sich. In dritter Börsenstunde bröckelten die Kurse aber wieder bei Geschäftsstille leicht ab.

Table of Berlin stock prices for various companies like Kreditaktien, Disc.-Komm. d. B., etc.

Berlin, 12. Mai. (Schlußkurse.) Reichsbank 102.00, Reichsbank 102.00, etc.

Table of Berlin stock prices for various companies like Reichsbank, Kreditaktien, etc.

W. Berlin, 12. Mai. (Telegr.) Rohbörse. Kredit-Aktien 206.00, 208.80, Staatsbahn 162.70, 161.26, etc.

Pariser Börse.

Table of Paris stock prices for various companies like 5% Rente, 3% Rente, etc.

Londoner Effektenbörse.

Table of London stock prices for various companies like 2 1/2% Consols, 3% Consols, etc.

Wiener Börse.

Table of Vienna stock prices for various companies like Kreditaktien, Staatsbahn, etc.

Wien, 12. Mai. Rechn. 1.50 Uhr. Kreditaktien 664.70, 664.00, Staatsbahn 1786.00, 1786.00, etc.

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 12. Mai. (Produktenbörse.) Die nur geringe Erholung an den amerikanischen Börsen machte hier keinen Eindruck. Das schöne Wetter und die weiter ermäßigten Auslands-Forderungen riefen für Brotgetreide, namentlich für Weizen, erneute Einbußen hervor...

Wien, 12. Mai. (Telegramm.) (Produktenbörse.) Weizen in Markt pro 100 kg drei Berlin netto Klasse.

Table of Berlin commodity prices for Weizen, Roggen, Hafer, etc.

Budapester Produktenbörse.

Budapest, 12. Mai. Getreidemarkt. (Telegramm.) Weizen per Mai 11.64, Roggen per Mai 10.25, etc.

Table of Budapest commodity prices for Weizen, Roggen, Hafer, etc.

Frankfurter Effektenbörse.

Frankfurt a. M., 12. Mai. (Fondsbörse.) In Anbetracht der bevorstehenden Feiertage verhielt sich die Spekulation ruhig, umso mehr als auch von Seiten des Privatpublikums nur spärliche Anträge einliefen.

Der günstige Kupferbericht aus den Vereinigten Staaten, sowie der internationale Geldstand erhielt die bessere Stimmung. Was die einzelnen Werte anbelangt, so zeigte Montanwerte feste Tendenz. Der wenig günstig lautende Bericht des Iron Age blieb einflusslos. Gelsenkirchener und Harpener sind gefragter, Bochumer sind fester. Deutsch-Luxemburger und Phönix-Bergbau zogen infolge Realisationslust an, dagegen sind in elektrischen Werten infolge Realisationslust mässige Abschwächungen zu bemerken. Schiffsaktien fest. Was den Bahnenmarkt betrifft, so ist bei mässigen Umsätzen größtenteils behauptete Tendenz vorherrschend. Auf dem Markte der Kassaindustriewerte erhielt sich die Unternehmungslust für einzelne Spezialwerte. Gummifabrik Peter 6 Proz., Pressbefe Pass 3 Proz. und Kunstseide 2 1/2 Proz. gegen den Stand an der gestrigen Abendbörse gesteigert. Der Privatkont liess weiter um 1/2 Proz. auf 3 Proz. nach. Auf dem Fondsmarkte machte sich für heimische Anleihen Nachfrage bemerkbar, wodurch sich der Kurs...





Lang'scher Zitherverein Mannheim.

Erste Probe findet am Donnerstag jeder Woche, abends 9 Uhr in unserem Saale „Alpenjäger“ u. s. 16 statt.

Zwangs-Versteigerung.

Freitag, 13. Mai 1910 nachmittags 2 Uhr werde ich im Stadtsaal Q 4, 5 hier gegen Barzahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:

Möbel aller Art, 1 Partie Damenkonfektion, Auspug-artikel, Kleiderkasten, 1 Raffenshrant, 1 Pianino, 1 Schreibtisch, u. verschiedenes.

Mannheim, 12. Mai 1910. Richter, Gerichtsvollzieher.

Zwangs-Versteigerung.

Freitag, 13. Mai 1910 vormittags 10 Uhr werde ich in Aulendorf vor dem Richter gegen Barzahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:

1 weiß. Kleiderkasten u. 1 Sofa.

Zwangs-Versteigerung.

Freitag, 13. Mai 1910 nachmittags 2 Uhr werde ich im Stadtsaal hier Q 4, 5 gegen Barzahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:

Möbel verschiedener Art.

Zwangs-Versteigerung.

Freitag, den 13. Mai 1910, nachmittags 2 Uhr werde ich in Mannheim im Stadtsaal Q 4, 5 gegen Barzahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:

1 Nähmaschine, Möbel aller Art.

Ankauf.

Gebrauchte Werkzeuge, Schneidmesser u. Schneidstein sofort zu kaufen gesucht.

Herrschaft Obadi!

Zahle reelle hohe Preise für geringere Kleider und Schuhe aller Art.

Verkauf

Wenig gebrauchtes Klavier billig zu verkaufen. Off. u. 2100 an die Exped. d. Bl.

Stoffenmarkt

Sehr. mit Torsion, großen Bänderungen, bis zum 20. u. 21. sehr billig zu verkaufen.

Pianino

Bestes, vorzügliches Instrument, gut erhalten, billig zu verkaufen.

Handel-Pianino

Sehr. gut erhaltenes Instrument für 200.- zu verkaufen.

Größeres, fast neues Herkules

1. A. H. - zu verkaufen. Ferner 1 amerik. Windmühle Reparatoren-Gewehr, 5 von 15 Schuss.

Belegungsstellen

3 St. gebrauchte Möbel, wenn umständlich billig abzugeben.

Vorzugs-Preise für Pfingsten auf einige besonders geeignete Artikel. Herren-Stiefel, Damen-Stiefel, Eine angenehme Ueberraschung. Otto Baum J 1, 1 : Filiale: Schwetzingenstrasse 30

Licht & Kraft Elektr.-Gesellsch. m. b. H. Reparaturwerk. Bei Betriebsstörungen sofortige Ersatzlieferung.

Echtes Tannin-Kopfhaarwasser mit und ohne Fettgehalt. Die Hautcrème der Saison: Lilienmilchcrème à Tube 50 Pf.

Statt jeder besonderen Anzeige. Todes-Anzeige. Herr Rechtsanwalt Dr. Abraham Staadecker heute mittag nach kurzer schwerer Krankheit im 64. Lebensjahre sanft verschieden ist.

Haasenstein & Vogler A.G. Annahme für alle Leistungen u. Versicherungen der W. Mannheim P. 21

Gestatten Sie, dass ich mich Ihnen vorstelle: Mein Name ist „Pilo“! Ich bin überall bekannt als das beste Schuhputzmittel.

Accept-Austausch mit folgenden Firmen gesucht. Läden Laden schöner, moderner, in bester Wohnlage (am Markt) für jedes Geschäft geeignet.

Bücheri Intelligenter, junger Mann aus guter Familie mit schöner Handschrift auf kaufmännisches Bureau gesucht. Stellen finden. Holz-Agent. Mädchen bei hoher Lohn und guter Bekleidung gesucht.

Wohnungen Domstraße 5 portiere u. 1. St., 1st. 4-Zimmerwohnungen m. Bad zu verm. Möbl. Zimmer Möbl. Zimmer

Beamte = Angestellte können unter strengster Discretion ihren Bedarf in Teppichen, Gardinen, Stühlen, Bettvorlagen, Tischdecken, Divandeden, Salotischen, Jalousien, Gardinen, u. s. w. von einem Spezial-Geschäft (kein Abholungs-Geschäft) Mannheim's unter bequemen Zahlungsbedingungen ohne Vorauszahlung erhalten.